Schwerter Zeitung

Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Schadenersatz beansprucht werden.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger, Schwerter Volkszeitung, Schwerter Volksblatt, Welthofener Zeitung, Aplerbecker Zeitung, Langscheder Zeitung, Holzwickeder Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint wöchentlich. Hauptgeschäftsstelle, Druck und Verlag: Carl Braus. Telegr.-Adr.: Braus, Schwerterruhr. Tel. 62. Postscheck: Dortmund 2852 und Hannover 21874. Verantwortlich für Schriftleitung und Anzeigen: Hans Linner in Schwerte. Tel. 62.

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde ◆ Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. ◆ Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr. 270 — Freitag, den 16. November 1923 — 56. Jahrgang

Neues in Kürze.

Aus dem Reichstag.

DZV. **Berlin**, 15. Nov. (Tel.) Im Reichstag war heute lediglich die Deutsche Demokratische Partei zu einer Fraktionssitzung versammelt. Ihre Verhandlungen galten wieder der allgemeinen politischen Lage und insbesondere der rheinisch-westfälischen Frage. Die Erörterungen wurden jedoch noch nicht abgeschlossen. Die Fraktion vertagte ihre Sitzung auf Freitag vormittag. Die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, die für Samstag einberufen worden war, ist auf Montag vormittag verlegt worden.

Wertbeständiges Geld.

DZV. **Berlin**, 15. Nov. (Tel.) Im wirtschaftspolitischen Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates wurde einstimmig ein Antrag angenommen, der die Reichsregierung auffordert, dafür zu sorgen, daß das neue wertbeständige Zahlungsmittel auch den breiten Massen der Bevölkerung schleunigst in größerem Ausmaße zugänglich gemacht werde.

Die Rentenmark.

wtb. **Berlin**, 15. Nov. (Tel.) Die von heute ab zur Ausgabe gelangende Rentenmark wird an öffentlichen Kassen zur Zahlung von Goldmarkbeträgen (Eisenbahntarifen, Zöllen, Landabgabe usw.) als Goldmark für die in Papiermark berechneten Beträge zu dem täglich bekanntgemachten Goldumrechnungssatz für die Reichssteuern (zurzeit 600 Milliarden) angenommen.

Gefälschte Reichsbahn-Notgeldscheine.

wtb. **Berlin**, 15. Nov. (Tel.) Kürzlich sind Notgeldscheine der deutschen Reichsbahn über fünf Millionen Mark im Verkehr aufgetaucht, denen durch Ueberstempelung eine höhere Wertbezeichnung gegeben war. Es handelt sich hierbei um Fälschungen. Die Reichsbahn hat überstempelte Notgeldscheine nicht herausgegeben. Vor der Annahme solcher gefälschten Notgeldscheine an Zahlungsstatt wird deshalb gewarnt.

Die Judenausweisungen aus Bayern.

wtb. **München**, 15. Nov. (Tel.) Wie die Blätter melden, hat sich eine Mitgliederversammlung des Verbandes nationaldeutscher Juden, Ortsgruppe München, mit der Frage der Judenausweisungen befaßt. In der Versammlung trat die Auffassung zutage, daß vom Standpunkt der nationaldeutschen Juden grundsätzlich gegen die Ausweisungen nichts einzuwenden sei, die sich gegen wirkliche Schädlinge am deutschen Volkstum richten, sofern nur sinnlose Härten vermieden und die Angehörigen von judenfeindlicher Seite nicht ohne die sicherste Prüfung des Tatbestandes zugrunde gelegt werden. Weiter kam zum Ausdruck, daß die nationaldeutschen Juden gewillt sind, sich auch durch Bedrückungen und Zurücksetzungen in der Liebe zum deutschen Vaterlande und in der Mitarbeit an den nationalen Aufgaben nicht beirren zu lassen.

Die Botschafterkonferenz.

wtb. **Paris**, 15. Nov. (Tel.) Die Botschafterkonferenz ist heute nachmittag um halb sechs Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten, die um 7 Uhr 55 Min. franz. Zeit zu Ende war. Ueber die Sitzung ist folgender offiziöser Bericht ausgegeben worden. Nach einer längeren Beratung und um den Botschaftern zu ermöglichen, ihre Regierungen über das Ergebnis ihres Meinungsaustausches zu konsultieren, ist beschlossen worden, die Diskussion auf Samstag vormittag zu vertagen.

Hohe Strafen für Ablehnung von Papiergeld.

EZ. **Frankfurt a. M.**, 15. Nov. Ein Drogist, der Petroleum nur gegen wertbeständiges Geld abgab und die Annahme von Papiergeld ablehnte, wurde auf Anzeige eines Kunden sofort verhaftet und der Wucherabteilung des Amtsgerichts zugeführt, die sofort in der Sitzung Anklage auf Grund der Reichsverordnungen vom 22. Oktober und 7. November erhob. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis und 10 Billionen Mark Geldstrafe, da beim Umsichgreifen solcher Handlungsweise die Bevölkerung in drei Tagen verhungern müsse. Das Gericht erkannte auf diese hohe Strafe, die abschreckend wirken soll. Ein anderer Kaufmann erhielt in der Sitzung zwei Wochen Gefängnis und 10 Billionen Mark Geldstrafe wegen mehrfachen Verstoßes gegen die Preisaushangvorschriften.

Die Kriegsbeschuldigten.

wtb. **Paris**, 15. Nov. (Tel.) Der Abgeordnete Bonnet hat eine Interpellation über die Ausführung des Artikels 228 des Friedensvertrages von Versailles, die Kriegsangeschuldigten betreffend, eingebracht. Die Interpellation bezieht sich auf den ehemaligen Kaiser, den ehemaligen Kronprinzen und Ludendorff. Diese Interpellation wird, wie die andern bereits eingebrachten Interpellationen morgen zur Erörterung kommen.

Nobelpreis für Literatur.

wtb. **Stockholm**, 15. Nov. (Tel.) Die schwedische Akademie hat den Nobelpreis für Literatur dem irischen Dichter William Butler Yeats verliehen.

Mussolini gegen Sanktionen?

wtb. **Paris**, 15. Nov. (Tel.) Die Chicago Tribune will wissen, daß auch Mussolini nicht geneigt sei, an irgend einer Drohung gegen Deutschland teilzunehmen. Italien könne nicht irgend welche militärischen oder maritimen Maßnahmen gegen Deutschland in Betracht ziehen, Belgien, das vorher bereit gewesen sei, solche Maßnahmen zu unterstützen, habe, da England sich abseits halte, und seitdem die Vereinigten Staaten ihre Zurückhaltung erklärt hätten, seine eigene Haltung geändert. Das Blatt will wissen, daß das Brüsseler Kabinett beschlossen habe, keine weiteren Truppen zu Besetzungszwecken zur Verfügung zu stellen.

Auf des Messers Schneide.

wtb. **Köln**, 15. Nov. (Tel.) Die Köln. Volksztg. schreibt in einem „Auf des Messers Schneide" überschriebenen Leitartikel u. a.: Heute ist der Tag, an dem die Rentenmark in den Verkehr kommen soll. Es sollte ein Tag der Hoffnungen, der beginnenden Erleichterung einer unerträglich gewordenen Lage sein. Es sollte! Aber das neue Geld hat eine Schrecken erregende Rückseite. Alle „unproduktiven" Ausgaben, in erster Linie die Zahlungen für die besetzten Gebiete, sollen gleichzeitig aufhören. Denn nur bei äußerster Rücksichtslosigkeit hofft man die Rentenmark vor dem Schicksal der Papiermark zu bewahren. Selbstverständlich ist sich die Regierung der furchtbaren Tragweite ihres Beschlusses für die besetzten Gebiete bewußt. Aber damit kann die Frage nicht einfach entschieden sein. Das Volk an Rhein und Ruhr kann nicht einfach dem Hunger preisgegeben werden. Gewiß, Unmögliches können wir vom unbesetzten Deutschland nicht verlangen, auch nicht, daß eine Regierung, deren Bemühungen, mit Frankreich zu einer Verhandlung über die Lebensnotwendigkeiten des besetzten Gebietes zu gelangen, vergeblich waren, trotzdem diese Lebensmöglichkeit schaffe und den zerstörten Wirtschaftsorganismus wiederherstelle. Diese Wiederherstellung ist in der Tat undenkbar, ohne daß unsere Gegner erkennen, eine wie katastrophale Lage ihr Eingriff geschaffen hat, und wie daher sie selbst an erster Stelle verpflichtet sind, diejenigen Zugeständnisse zu machen, die unerläßlich sind, um Wirtschaft und Verkehr wieder in Gang zu bringen. Und zwar mit aller Ehrlichkeit und Unbedingtheit. Die ungeheure Notlage der rheinischen Bevölkerung darf nicht etwa als ein Hebel benutzt werden, um politische Forderungen von der Art, wie wir sie kennen, durchzudrücken. Alles, was unter solchem Drucke geschähe, trüge von vornherein den Keim schwerster Konflikte für die nächste wie für die fernere Zukunft in sich und könnte niemals eine dauernde Ordnung und einen dauernden Frieden verbürgen. Aber auf der anderen Seite kann freilich auch nicht auf deutscher Seite der Standpunkt vertreten werden: wir können nichts tun und werden nichts tun, — Verhängnis nimm deinen Lauf. Unter keinen Umständen darf dem besetzten Gebiet verweigert werden, was im unbesetzten Deutschland bezahlt wird. Und wenn man ferner den Rheinlanden sagt: „Helft euch selbst", dann setzt dies voraus, daß die Wege und Möglichkeiten dieser Selbsthilfe in jeder Weise klargestellt werden. Man darf den Rheinlanden keine größere Verantwortung aufladen, als sie tragen können. Die Verantwortung dessen, der ihnen zur Selbsthilfe rät, kann nicht geringer sein, als die Verantwortung dessen, der den Rat zu befolgen sich bemüht.

Zu den gleichen Fragen nimmt die Rheinische Volkswacht, das Organ der Zentrumspartei hier in einem „Reichsregierung und besetztes Gebiet" überschriebenen Leitartikel u. a. wie folgt Stellung: Die Reichsregierung wird sich zu der Frage ihrer so bedeutsamen Entschlüsse schleunigst viel klarer und ausführlicher zu äußern haben, um, wenn sie es kann, die „seelischen Wirkungen" ihrer Entschlüsse auf dem Wege über den politischen Verstand der Rhein- und Ruhrdeutschen zu mildern. Nichts darf übrig bleiben, was den Eindruck des Verlassenwerdens zurückläßt, nichts, was dem scharf zurückweisenden Satz ähnlich sieht: „Wir müssen das Rheinland fahren lassen, um es später wiederzuholen." Der unglückliche Satz ist nun einmal aus unbedachtem Munde gefallen, er muß von den Verantwortlichen in Berlin erschlagen werden für immer. Man erwartet im Rheinland den Beweis für die Reichsnotwendigkeit der vorgesehenen Beschlüsse und für ihre Allgemeingültigkeit, soweit wichtige Zahlungen in Frage kommen. Wird er zweifelsfrei erbracht, dann wird es notwendig sein, dem besetzten Gebiete die nötigen wirtschaftlichen Ermächtigungen zu geben, damit es als treues Glied des Ganzen zu seinem Teile dann versucht, die im Reiche angestrebte Gesundung für sich mit durchzuführen.

Die Rentenmark im Verkehr.

wtb. **Berlin**, 15. Nov. (Tel.) Der Kurs der Rentenmark für den öffentlichen Verkehr ist auf 600 Milliarden festgesetzt.

bö **Berlin**, 15. Nov. (Privattel.) Wie in der spät abends erschienenen Ausgabe der Voss. Ztg. gemeldet wird, fand die Absicht des Reichswährungskommissars Dr. Schacht, sofort eine feste Relation zwischen dem Einheitskurs für den Dollar und die Rentenmark, und zwar im Verhältnis von eins zu vier, indirekt zwischen der Rentenmark und der Papiermark herzustellen, Widerstand in Bankkreisen. Eine Abordnung der Stempelvereinigung der die Berliner Großbanken angeschlossen sind, hat sich zu Dr. Schacht begeben, um einen Aufschub in der Festsetzung des Einlösungskurses zu erwirken. Wie die Voss. Ztg. hierzu bemerkt, dürften die Banken mit der Aktion nicht durchdringen. Die sachlichen Bedenken, die die Banken geltend machen, daß nämlich der amtliche Einheitskurs kein richtiges Bild von der Bewertung der Papiermark gibt und die Bindung der Rentenmark an diesen Kurs die Rentenmark herabziehen würde, werden durch die heutige Heraufsetzung des amtlichen Dollarkurses auf 2,5 Billionen entkräftet.

wtb. **Berlin**, 15. Nov. (Tel.) Den Beamten, Angestellten und Arbeitern des Reichs und den Beamten und Angestellten der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) wird am 15. und 16. d. Mts. zum ersten Male ein Teil ihrer Bezüge in Rentenmark ausgezahlt werden. Aus kassentechnischen Gründen wird hierbei der Umrechnungssatz von 300 Milliarden Papiermark, gleich eine Rentenmark, zugrunde gelegt. Dieser Umrechnungssatz hat nur rechnerische Bedeutung für die Innenverhältnisse zwischen dem Reich, den Ländern und den Gemeinden als Arbeitgebern einerseits und den obengenannten Gehalts- und Lohnempfängern andererseits. Der Kursfestsetzung der Rentenmark für den öffentlichen Verkehr sollte hierdurch in keiner Weise vorgegriffen werden. Inzwischen ist der Kurs der Rentenmark für den öffentlichen Verkehr auf 600 Milliarden festgesetzt worden. Die erhöhte Zahlung, die sich hieraus für die genannten Gehalts- und Lohnempfänger ergibt, wird bei der Festsetzung der Nachzahlungen für das dritte Novemberviertel und die entsprechende Arbeiterlohnwoche berücksichtigt werden.

bö **Berlin**, 15. Nov. (Tel.) Zum heutigen „Geburtstage" der Rentenmark teil der Vorwärts noch mit, daß bisher Rentenmark für 150 Millionen Goldmark gedruckt ist. Weitere 140 Millionen sollen bis morgen fertiggestellt sein. Die Reichsregierung hat zunächst von der Rentenbank einen Kredit in der Höhe von etwa 80 Millionen Rentenmark in Anspruch genommen und davon erhebliche Beträge nach der Provinz geleitet, um am 15. November mit der Auszahlung von Löhnen in diesem neuen Geld beginnen zu können. Zuerst werden es Reichs- und Landesbeamte und andere Arbeitnehmer der Behörden erhalten. Man wird voraussichtlich eine Quote von 30 v. H. der in Betracht kommenden Löhne und Gehälter in wertbeständigem Geld auszahlen können, und man beabsichtigt, diesen Anteil von Woche zu Woche zu steigern.

Reichszuschüsse für das besetzte Gebiet.

wtb. **Berlin**, 15. Nov. (Tel.) Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, von dem Gesamtkredit, der dem Deutschen Reiche in Höhe von 900 Millionen von der Rentenbank zur Verfügung gestellt worden ist, einen Betrag von 100 Millionen Rentenmark für die Fortsetzung der Reichszuschüsse an die besetzten Gebiete, insbesondere Erwerbslosenunterstützung, bereitzustellen.

Macdonalds Kritik an Baldwins Politik

wtb. **London**, 15. Nov. (Tel.) In der heutigen Unterhaussitzung fragte das liberale Parlamentsmitglied Wedgwood Benn, ob die Rechtsbeamten zu Rate gezogen wurden, bevor Lord Derby erklärte, daß Frankreich moralisch im Recht sei, wenn es in das Ruhrgebiet einrücke. Baldwin erwiderte: „Ich weiß nichts darüber."

wtb. **London**, 15. Nov. (Tel.) Der heute nachmittag im Unterhaus gehaltenen Rede Baldwins in Erwiderung auf das von Ramsay MeDonald namens der Arbeiterparteien eingebrachte Tadelsvotum wurde vom Haus mit großer Spannung entgegengesehen.

Ramsay MeDonald, der mit lauten Rufen seiner Partei begrüßt wurde, erklärte in seiner Rede u. a.: Nach vierjähriger Not, für die die augenblickliche Regierung seit einem Jahre und gewisse Minister seit vier Jahren verantwortlich seien, sei die Regierung plötzlich zu dem Beschlusse gekommen, daß eine ihrer alten Quacksalber-Pillen für eine Kur notwendig seien. Die Politik der Regierung sei keineswegs eingegeben worden durch wirtschaftliche Erwägungen, sondern durch politische Urteile. (Beifall bei der Arbeiterpartei.) Die Konkurrenzfähigkeit Europas sei viel zu niedrig und es könne keine Wiederbelebung des Handels eintreten, bevor sie wesentlich erhöht worden sei. Die Außenpolitik der Regierung habe gezeigt, daß sie unfähig war, das amerikanische Angebot zum Eingreifen und zur Mithilfe beim Problem der Wiederherstellungsregelung zu benutzen. Die Außenpolitik der Regierung sei nervös und tölpelhaft gewesen. Sie habe zugelassen, daß die britischen Märkte in Mitteleuropa zerstört und daß eine Wirtschaftskombination gegen England gebildet wurde. England sei schwächer in Europa, als es je gewesen sei und trotzdem habe mehr Erwartung in den Herzen der besten Teile der europäischen Völker geherrscht, daß England mehr tun würde als je zuvor. Diese hoffnungsvollen Leute hätten den Glauben verloren, daß die großen europäischen Mächte jetzt etwas hervorbringen würden, und hätten auf England geblickt bittend und bettelnd, daß es den gesamten liberalen Geist und das gesamte liberale Gefühl in aktive Wirksamkeit umsetzen möchte. Es sei die Verzweiflung Europas, daß die britische Regierung die europäische Lage nicht mit Geschicklichkeit lenken könne.

Erweiterung der Devisengesetzgebung.

wtb. **Berlin**, 15. Nov. (Tel.) Die Reichsregierung erläßt eine Verordnung, wodurch die Devisengesetzgebung sowie die Valutaspekulationsverordnung und das Markverkaufsverbot auf Rentenmark, Goldmark und wertbeständiges Notgeld ausgedehnt wird. Danach unterliegt der Erwerb ausländischer Zahlungsmittel gegen die genannten inländischen Zahlungsmittel den gleichen Beschränkungen, wie der Erwerb gegen Reichsmark. Die Beleihung ausländischer Geldsorten mit den gen. Zahlungsmitteln ist verboten, die Beleihung ausländischer Devisen mit ihnen ist meldepflichtig. Ausländische Personen oder Personenvereinigungen dürfen Kredite, die auf die erwähnten Zahlungsmittel lauten, nur mit Zustimmung der Reichsbank eingeräumt werden. Ausländische Zahlungsmittel dürfen gegen Rentenmark, Goldanleihe oder wertbeständiges Notgeld zur Bezahlung von Einfuhrwaren nur verwendet werden, soweit der Erwerber ohne diese Beschaffung seinen Betrieb nicht jeweils 2 Monate fortführen könnte. Schließlich ist verboten, Beträge in Rentenmark, Goldanleihe oder wertbest. Notgeld mittelbar oder unmittelbar nach dem Ausland zu verkaufen, soweit die Beträge den Wert von 10 Pfd. im Einzelfall übersteigen.

Der kommende Goldetat des Reiches.

bb **Berlin**, 14. Nov. Der finanzpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates nahm in seiner Sitzung am Mittwoch Stellung zu der Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen beim Zustandekommen einer stabilisierten Wirtschaft und einer wertbeständigen Währung ein in sich balanzierender Etat in Goldmark aufgestellt werden kann. In der diese Frage behandelnden Denkschrift des Reichsfinanzministers werden für die künftigen ordentlichen Ausgaben der allgemeinen Reichsverwaltung ein Betrag von 2,2 bis 2,4 Milliarden Goldmark errechnet. Zu dieser Summe treten dann noch die etwaigen Besoldungszuschüsse an Länder und Gemeinden, die auf rund 1 Milliarde Goldmark errechnet werden. Diesem Ausgabenbedarf gegenüber steht nach vorsichtiger Einnahmenschätzung bei stabiler Wirtschaft ein Betrag von 3,1 Milliarden Goldmark, so daß Ausgaben und Einnahmen nur knapp miteinander in Einklang gebracht werden können.

Berichterstatter Dr. Busch teilte die schon bekannte Tatsache mit, daß neuerdings im Finanzministerium ein Uebergangsetat für die Zeit vom 15. November 1923 bis 21. März 1924 aufgestellt worden ist, dessen Gesamtausgaben im Ordinarium für 4½ Monate 1966 Millionen Goldmark, auf das Jahr berechnet 5216 Millionen Goldmark betragen. Nach Abzug der Besoldungszuschüsse und Steuerüberweisungen, der Reparationszahlungen und der Ausgaben für Verzinsung und Tilgung der Reichsschuld ermäßigen sich die Beträge auf 1110 bezw. 3000 Millionen, gegenüber der Schätzung in der Denkschrift ein Mehr von 800 bezw. 600 Millionen Goldmark. Er hält insbesondere die vorgesehene teilweise Deckung durch Steuereingänge für allzu optimistisch, diejenige durch Inanspruchnahme des Rentenbankkredits als diesen zu erschöpfend. Zusammenfassend gelangt er zu der Auffassung, daß eine Bilanzierung des Etats für die Uebergangszeit nicht gewährleistet, für später sehr zweifelhaft sei, wenn nicht die Ausgabenseite durch größte Sparsamkeit auf das äußerste Maß zurückgeschraubt werde.

Mitberichterstatter Georg Bernhard sieht in der Aufstellung eines Goldetats die einzige Möglichkeit, um das Vertrauen in die Finanzgebarung des Reiches wieder herzustellen, wobei die in der Denkschrift aufgestellten Voraussetzungen belanglos seien, denn nicht stabile Wirtschaft und Währung seien vor einer geordneten Finanzwirtschaft notwendig, vielmehr müßten durch diese erst jene geschaffen werden.

Gegenüber den Ausführungen der beiden Berichterstatter erklärte der Vertreter des Reichsfinanzministers, daß die Denkschrift kein abschließendes Urteil, sondern lediglich den Anstoß zu einer ernsthaften Prüfung der Frage geben solle.

Nach einer Aussprache, über die mit der Frage der Aufstellung des Goldetats eng verbundenen Probleme der Deckungsmöglichkeiten, der Steuerreform, der Einschränkung der Staatsausgaben und der Balanzierung des Etats, gelangte der Ausschuß zu der übereinstimmenden Auffassung, daß es eine selbstverständliche Notwendigkeit sei, daß ein in sich balanzierender Etat schon jetzt in Goldmark aufgestellt wird.

Er beauftragte jedoch den Vorsitzenden, die in der Debatte aufgetretenen Ansichten über die zur Bilanzierung des Etats erforderliche Durchführung der Deckung und der Steuerreform dem Reichsfinanzminister vorzulegen und ihn um die Darlegung seines Standpunktes vor dem Ausschuß zu ersuchen.

Deutsche Wirtschaftszahlen

am 16. November.

[Die Zahlen in Milliarden.]

Großhandel für das Reich am 13. XI.	265,6
Lebenshaltg. am 12. XI.	218,3
1 Goldmark nach dem Berliner Dollarkurs	600
Goldumrechnungssatz für Reichssteuern am 16. XI.	300
Goldmarkkurs der Reichsbahn für Personen- und Güterverkehr	600
Fernbrief ab 12. XI.	10
Fernpostkarte ab 12. XI.	5
Anzeigenschlüssel vom 16. XI ab	0,8
Ankaufspreis f. Reichssilbermünzen ab 12. XI.	150
Steuerermäßigungsmultiplikator in der Woche vom 11. XI.—17. XI.	300000

Der Dollar am 15. XI. 23

Dollarkurs Geld: 2 513 700 000 000
Brief: 2 526 300 000 000

Der Untergang der deutschen Schulen in Süd-Tirol.

Die vier deutschen Abgeordneten im italienischen Parlament: Dr. Reut-Nicolussi, Dr. von Walther, Graf Toggenburg und Dr. Karl Tinzl, haben folgende Kundgebung erlassen:

„Landsleute! Die uns heute zukommende „Gazetta Ufficiale" Nr. 250 enthält das königliche Dekret vom 1. Oktober 1923, mit welchem in allen unseren Volksschulen noch in diesem Schuljahre, mit der ersten Klasse beginnend, die italienische Unterrichtssprache eingeführt wird. Vierhundert deutsche Schulen sind dem Untergange geweiht. Die ganze Welt, Italien nicht ausgeschlossen, wird unsere tiefe Erregung über den schwersten Schlag, der gegen ein Volk geführt werden kann, zu würdigen wissen. Kein Land hat in ähnlicher Härte die heiligsten Gefühle unserer Mitbürger gekränkt. Was wir heute alle empfinden und sich uns auf die Lippen drängt, kann hier nicht wiedergegeben werden. Landsleute! Jetzt gilt es erst recht, deutsche Art und deutsches Wort für Kind und Enkel zu erhalten."

Dazu wird der Frankf. Ztg. geschrieben:

Die nationale Vergewaltigung der Deutschen in Südtirol, die bisher durch das Verbot des Wortes „Tirol" und die Beschlagnahme des Besitzes der Alpenvereine gekennzeichnet war, erreicht jetzt ihren Höhepunkt. Was noch gestern unmöglich schien, ist heute zur Tatsache geworden. Ein königliches Dekret hat den Deutschen Südtirols, einem alten Kulturstamme, ihre Volksschulen genommen. Nicht auf dem Balkan, nicht in Rußland geht diese brutale Vergewaltigung einer kleinen Minderheit durch ein 30-Millionen-Volk vor sich. Nein, sie findet in einem Lande statt, das voller Stolz auf seine alte Kultur, seine freiheitlichen Ueberlieferungen blickt. Ueberall, wo es Deutsche gibt, wird diese Tat Erregung und Empörung erwecken. Ja, es scheint, daß jetzt, wo das deutsche Volk geschlagen am Boden liegt, jeder Deutsche ein Freiwild — ein wehrloses Opfer — fremder Vergewaltigungen ist.

Besonders schmerzlich muß diese Tat des Fascismus bei den Minderheiten in aller Welt empfunden werden. War es doch gerade der Vertreter Italiens beim Völkerbunde, Tittoni, der am 27. September 1919 im römischen Parlament die Worte sprach:

„Polen, Tschechien, Rumänien und Serbien sind durch verschiedene Bestimmungen, welche in die Friedensverträge eingeschaltet wurden, verpflichtet, Sprache, Religion sowie Schule und jede freie Betätigung der nationalen Minderheit zu achten und zu respektieren. Es ist unbedingt notwendig, daß diese Bestimmungen aufrichtig und gesetzmäßig eingehalten werden. Italien hat, wie die übrigen Großmächte, keine gesetzliche Verpflichtung hierzu, aber nach meinem Empfinden besteht wegen der liberalen Traditionen, die der Ruhm und Vorzug Italiens sind, eine moralische Pflicht hierzu. Die Völker anderer Nationalitäten, die mit uns vereinigt werden, sollen wissen, daß uns der Gedanke einer Unterdrückung und Entnationalisierung fern liegt. Wir können der Bevölkerung von Deutsch-Südtirol die Versicherung geben, daß nie ein Polizeiregiment eingeführt wird mit Verfolgungen und Willkürherrschaft, der die Istrianer und Trentiner unter der österreichischen Regierung so viele Jahre unterworfen waren."

So sprach Tittoni, der Autor jenes bedeutsamen Dekrets, welches allen Minderheiten das Recht gibt, sich mit ihren Beschwerden direkt an den Völkerbund zu wenden. Heute, nach kaum fünf Jahren, hat die fascistische Regierung in ihrer Entnationalisierungs-Politik selbst das übertroffen, was einst der Fluch des zaristischen Regimes war. Gewaltsam, wie einst in Rußland, sollen nun tausende von deutschen Kindern in einer ihnen fremden Sprache unterrichtet und erzogen werden. Zerschlagen sind alle Hoffnungen, die noch vor kurzem alle Minderheiten gerade auf Italien und seine Tätigkeit im Völkerbundsrat gesetzt haben. Wird das italienische Volk diese Tat der römischen Regierung billigen? Wird es den Initiatoren dieser kulturfeindlichen Tat die Wahrheit sagen? Denn die Ehre Italiens steht auf dem Spiel. Gleichzeitig aber muß dieses Vorgehen Italiens außer Zweifel eine verderbliche Wirkung bei allen Minderheitsstaaten in Mittel- und Ost-Europa auslösen.

Der bekannte ehemalige Professor an der italienischen Rechtsfakultät in Innsbruck Pacchione verurteilt in der Turiner „Stampa" unter der Ueberschrift „Italienische und deutsche Schulen" das Vorgehen der römischen Regierung in Südtirol aufs entschiedenste. Professor Pacchione erinnert als ehemaliger Vorkämpfer der Italiener im alten Oesterreich daran, wie gerade die Italiener damals gefordert hätten, daß Sprache, Sitte, Ueberlieferungen und Kultur der nationalen Minderheiten von der österreichischen Regierung geachtet werden müßten, falls sie als zivilisierte Regierung angesehen werden wolle. Zum Schluß gibt er seinem Zweifel über die Möglichkeit eines solchen Dekrets Ausdruck und schreibt dann wörtlich: „Wenn die Nachricht wirklich wahr sein sollte, so wäre sie mit Entschiedenheit und Aufrichtigkeit zu kritisieren. Eine derartige restlose Unterdrückung wäre vor allem mit den feierlichen Versprechungen, die unsere Regierung der annektierten fremdsprachigen Bevölkerung im Augenblick der Annexion gab, unvereinbar. Abgesehen davon, wird sie kaum denjenigen Erfolg haben, den sich diejenigen erhoffen, die da glauben, die nationale Frage im Alto Adige ließe sich dadurch lösen, daß man diese unsere neuen Mitbürger zwingt, unsere Sprache zu lernen und unsere Kultur anzunehmen. — Man darf nicht hoffen, daß man durch Neuerrichtung von italienischen und durch Unterdrückung von deutschen Schulen sich diese Bevölkerung in rascherer Weise näherbringt."

Politische Umschau

Die gescheiterten Industrieverhandlungen.

* **Paris,** 15. Nov. (Tel.) Die Verhandlungen mit den deutschen Industriellen in Düsseldorf haben zu keinem Ergebnis geführt. Dem Petit Parisien wird aus Düsseldorf gemeldet, die Punkte, an denen die gestrigen Verhandlungen zwischen den deutschen Industriellen und der Interalliierten Ingenieurmission gescheitert sind, seien die folgenden:

1. verlangt die Interalliierte Kontrollmission, daß der Verdienst aus der Ausbeutung des Ruhrgebiets den Verbündeten auf Rechnung geschrieben wird, Herr Stinnes hingegen erklärt, daß dieser Verdienst auf Rechnung des Reiches geschrieben werden muß.

2. Der zweite Punkt bezieht sich auf die Verpflichtungen für gewisse Firmen, unentgeltlich Transporte von Kohlen und Waren auf dem Flußwege vorzunehmen.

3. Der dritte Punkt bezieht sich auf die Bedingungen für die Industriellen, unter denen ihnen die freie Verfügung über einen Teil der beschlagnahmten Hüttenprodukte wieder übergeben werden soll.

Der Einspruch des Rheinlandes gegen die Sperrung der Arbeitslosenunterstützung

wtb. **Köln,** 15. Nov. Der 15er Ausschuß der politischen Parteien und der Verhandlungsausschuß des Wirtschaftsausschusses haben beim Reichspräsidenten und bei dem Reichskanzler Einspruch gegen die unterschiedliche Behandlung der Erwerbslosen in dem besetzten und unbesetzten Gebiet eingelegt und auf die katastrophalen Folgen dieser unterschiedlichen Behandlung hingewiesen.

Höchstdauer der Erwerbslosenfürsorge.

wtb. **Berlin,** 15. Nov. (Tel.) Der Minister für Volkswohlfahrt hat im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsminister für die Höchstdauer der Erwerbslosenunterstützung neue Richtlinien festgesetzt. Hiernach wird, dem amtlichen preußischen Pressedienst zufolge, die Beschränkung für die Fürsorgehöchstdauer auf 13 Wochen bis auf weiteres nur für ledige landwirtschaftliche Arbeiter und Arbeiterinnen sowie für Hausangestellte angeordnet. Die normale Fürsorgehöchstdauer beträgt 26 Wochen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen wird es sich jedoch nicht vermeiden lassen, daß in größerem Umfange auch für ganze Berufsgruppen die Verlängerung der Fürsorge über 26 Wochen hinaus gewährt wird. Die Fürsorge-Höchstdauer von 39 Wochen soll aber auch hier grundsätzlich nicht überschritten werden.

Das wertbeständige Notgeld.

wtb **Berlin,** 14. Nov. Amtlich wird mitgeteilt: Die Verordnung des Inhabers der vollziehenden Gewalt über die Ausgabe wertbeständigen Notgeldes will die Schaffung wertbeständigen Notgeldes fördern, um die Zufuhr der Ernte an die verbrauchenden Städte sicherzustellen. Anträge auf Bewilligung sind, wie bisher an den Reichsminister der Finanzen zu richten. Die Verordnung vom 26. Oktober 1923 bleibt unberührt. In besonders begründeten Fällen wird der Reichsminister der Finanzen Ausnahmen von den allgemeinen Bestimmungen und besonders hinsichtlich der Deckung zulassen. Das Notgeld soll den Charakter eines gesetzlichen Zahlungsmittels nicht gegenüber den Kassen des Reiches, der Länder und der Reichsbank haben. Selbstverständlich muß aber ein von einem Lande ausgegebenes Notgeld von den Kassen dieses Landes als Zahlungsmittel angenommen werden.

Enthüllungen über kommunistische Rüstungen.

KZ. **Hamm,** 14. Nov. Vor kurzem waren hier Haussuchungen bei kommunistischen Führern und auf dem kommunistischen Parteibüro, über deren Ergebnis heute folgendes bekannt wird:

Neben einer erheblichen Menge von Flugblättern, die sich u. a. mit kommunistischer Propaganda der Schutzpolizei und der Reichswehr befassen, wurden zahlreiche Beweisstücke gefunden, die auf eine rein militärische Einstellung der Kommunistischen Partei hinweisen. So befanden sich z. B. in dem Material Karten über Telephon- und Telefunkenwesen, hierzu gehörige Zeichenerklärungen, politische Uebersichts- und Generalstabskarten von ganz Rheinland und Westfalen, Skizzen von Bahnhöfen, Aufzeichnungen von Eisenbahnlinien, Flußübergängen usw. mit eingezeichneten Sprengpunkten, umfangreiche Originalnachrichten über Zusammensetzung und Zuverlässigkeit der Reichswehr, ferner über Stärke der Reichswehr und der Schutzpolizei in verschiedenen Standorten. Sogar eine Brieftaube konnte beschlagnahmt werden, die zur Uebermittlung von Nachrichten dienen sollte, ein Beweis für den sorgsam ausgearbeiteten Nachrichtendienst. Eine Aufstellung befaßt sich eingehend mit den Rechtsverbänden und ihren Führern. Sie enthält ferner Adressen von kommunistischen Vertrauenspersonen in der Reichswehr, Schutzpolizei, Regierungs- und Eisenbahnverwaltung. Die Führung des gesamten Nachrichtendienstes lag, soweit das nördliche und östliche Westfalen in Frage kommt, in den Händen des Studenten Wilhelm Guddorf in Münster und des Kaufmanns Leopold Heimberg in Hamm, während der eigentliche geistige Leiter der gesamten Bewegung im unbesetzten Westfalen der Parteisekretär Walter Duddins in Hamm gewesen ist. Die Haupträdelsführer der kommunistischen Bewegung befinden sich in Schutzhaft und sehen ihrer Aburteilung entgegen.

Sozialdemokratische Interpellationen.

bb **Berlin,** 15. Nov. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag zwei Interpellationen eingebracht. Die eine beschäftigt sich mit der finanziellen Lage; es heißt darin:

„Wie ist der augenblickliche Stand der Reichsfinanzen? Wie gestaltet sich voraussichtlich der Etat in den nächsten Monaten in Goldmark berechnet? Welche Maßnahmen hat die Regierung zur Beseitigung des Defizits ins Auge gefaßt? Stehen die zu treffenden Währungsmaßnahmen fest, insbesondere auch die Einlösung der Papiermark in eine wertbeständige Anleihe oder in ein wertbeständiges Zahlungsmittel? Ist sichergestellt, daß die Reichsbank künftighin Kredite ausschließlich auf Goldbasis gibt? Wer trägt die Verantwortung für die Verschleuderung der Goldanleihe und die dadurch bewirkte Schädigung der Reichsfinanzen? Welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zu ergreifen, um die durch die verzögerte Zustellung von Goldanleihestücken entstandenen Privatgewinne für das Reich zu beschlagnahmen."

Eine zweite Interpellation beschäftigt sich mit dem Achtstundentag; sie lautet:

Die Demobilmachungsverordnung über die Arbeitszeit der Arbeiter und Angestellten läuft am 17. November ab. Nach Behauptungen, die in der Presse aufgestellt werden, beabsichtigt die Reichsregierung, eine Verlängerung dieser Verordnung nicht vorzunehmen. Wir fragen die Reichsregierung, ob das richtig ist und ob sie tatsächlich einen Zustand herbeiführen will, der die Arbeitskraft der deutschen Arbeiter und Angestellten willkürlicher Ausbeutung schutzlos preisgeben würde.

Zusammenstöße in Schwenningen.

FZ. **Stuttgart,** 14. Nov. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: In Schwenningen a. N. hatten Beamte des Landeskriminalpolizeiamtes im Anschluß an den vor einiger Zeit gemeldeten Diebstahl eines Maschinengewehrs durch Kommunisten eine Untersuchung über das System einer unerlaubten proletarischen Kampforganisation zu führen und einige Kommunistenführer in Schutzhaft genommen. Da von vornherein mit dem Widerstand eines Teils der radikalen Arbeiterschaft zu rechnen war, wurde den Kriminalbeamten eine größere Abteilung der staatlichen Schutzpolizei zugeteilt, die heute nacht in Schwenningen eintraf. Im Verlaufe des heutigen Vormittags kam es bereits zu blutigen Zusammenstößen mit Demonstranten. Polizeibeamte, die eine Festnahme in der Firma Kienzle durchzuführen hatten, wurden von einer mehr als hundertköpfigen Menge bedroht, so daß sie Schutzpolizei zu Hilfe rufen mußten. Auch die Schutzpolizei wurde von der vorstoßenden Menge zurückgedrängt. Erst nachdem weitere Verstärkungen herangeholt waren, gelang es, die Massen zurückzutreiben. Dabei mußten wiederholt Maschinengewehre in Stellung gebracht und zum Schuß fertig gemacht werden, ehe die Demonstranten zurückwichen. Schließlich geriet eine Postierung von acht Polizeibeamten in starke Bedrängnis. Eine etwa tausendköpfige, auf das äußerste erregte Menge hatte sich um sie angesammelt. Obwohl die Demonstranten mehrmals durch Hornsignale zum Auseinandergehen aufgefordert wurden und der Gebrauch der Schußwaffe angedroht worden war, wurden die Polizeibeamten mit Steinen bombardiert. Schließlich gab die Polizei, um sich aus ihrer gefährlichen Lage zu retten, eine Salve ab. Dabei wurde ein Arbeiter getötet und ein kommunistischer Gemeinderat verwundet. Außerdem sollen noch vier bis fünf weitere Personen verletzt sein. Unter den Demonstranten befanden sich in vorderster Reihe auch Frauen, zum Teil mit Kindern.

Ein Schreiben des Generals Smuts.

wtb. **London,** 15. Nov. Die Times veröffentlicht ein Schreiben des morgen nach Südafrika zurückkehrenden Generals Smuts, worin dieser nachdrücklich dafür eintritt, daß nach dem Scheitern des Versuches, einen Sachverständigenausschuß zur Untersuchung der Reparationsfrage zustandezubringen, Großbritannien unverzüglich die Vereinigten Staaten und andere Länder zu einer Konferenz einladen solle, die sich der Prüfung der Reparationsfrage im weitesten Umfange sowohl vom wirtschaftlichen als auch vom finanziellen Standpunkt widmen solle.

Aus Nah u. Fern.

Erwerbslose verprügeln Devisenschieber.

* **Düsseldorf,** 15. Nov. In kleinem Umfange setzten sich gestern nachmittag die Kundgebungen von Erwerbslosen fort. Hier und da zogen Grüppchen durch die lebhafteren Verkehrsstraßen, um die überall herumstehenden Arbeitslosen aufzufordern, an den Kundgebungen teilzunehmen. Trotzdem kam es nirgendwo zu größeren Ansammlungen. Gegen abend erschien ein Trupp Erwerbsloser an der wilden Devisenbörse in der Kaiser-Wilhlm-Straße. Einige Erwerbslose hatten sich vorher unter die Sozieser gemischt und sie um Devisen angesprochen. Mehrere der Devisenschieber wurden dann von der Menge gepackt und verprügelt, wobei ihnen die Devisen abgenommen wurden. Frauen, die sich an dem Schiebergeschäft beteiligten, blieben von Mißhandlungen verschont, wenn sie in ein Bankhaus gingen, um die ausländischen Papiere gegen deutsche Papiermark einzutauschen. In der Schadowstraße wurde von Erwerbslosen in ähnlicher Weise gegen die Schieber vorgegangen. Kurze Zeit darauf blühten die Schiebergeschäfte in altem Umfange.

Wirte gegen Brauer.

* **Köln,** 15. Nov. (Tel.) In einer gestern abend in Rippes abgehaltenen stark besuchten Versammlung der Schankwirte der Kölner Wirteinnung wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: Die Versammlung lehnt im Interesse der Konsumenten die soeben bekanntgegebene Erhöhung der Bierbezugspreise der Kölner Brauereien, die innerhalb drei Tagen um ca. 70 v. H. erhöht wurden, einstimmig ab. Der Vorstand wird beauftragt, die nötigen Schritte bei der Preisprüfungsstelle zu unternehmen, um festzustellen, ob die nunmehrige dreifache Erhöhung des Bierfriedenspreises berechtigt ist. Es wird beschlossen, zunächst bis Freitag abend zu den erhöhten Preisen weder Bier zu bestellen noch zu bezahlen und die weiteren öffentlichen Bekanntmachungen des Vorstandes der Wirtevereinigung abzuwarten.

Bluttat.

* **Milspe,** 15. Nov. Eine grauenhafte Bluttat wurde hier verübt. Der 22jährige Schlosser Albert Stöcker, ein überaus ruhiger und braver Mann unterhielt sich in der Nähe seiner Wohnung auf der Bahnhofstraße mit einem Freund, als sie plötzlich von drei des Weges kommenden fremden Personen rücksichtslos angerempelt wurden. St. forderte diese ruhig auf, ihn in Ruhe zu lassen und weiter zu gehen. Sogleich stürzten sich nun die drei auf Stöcker und einer bohrte ihm ein Dolchmesser mit solcher Wucht in den Leib, daß die Eingeweide hervortraten. Die schnell herbeieilende Sanitätskolonne brachte den Schwerverwundete sofort ins Gevelsberger Krankenhaus. Er schwebt in höchster Lebensgefahr und es ist sehr fraglich, ob er mit dem Leben davonkommt. Die gemeingefährlichen Täter sitzen bereits hinter Schloß und Riegel. Es handelt sich um die Arbeiter Dickert, Kirchhoff und Paupel aus Altenvoerde.

Todesurteil.

bb **Hamburg,** 15. Nov. (Privattel.) Nach zweitägiger Verhandlung hat das Schwurgericht auf Grund des Spruches der Geschworenen den Händler Büttner wegen Ermordung und Beraubung der Eheleute Rögener in der Preystraße zum Tode verurteilt.

Aktion gegen den Fleischwucher.

bb **Berlin, 15. Nov. (Privattel.) Heute früh wurde von der Berliner Wucherpolizei mit einem starken Aufgebot von Kriminalbeamten und Schutzpolizei eine umfassende Aktion gegen den Wucher auf dem Berliner Fleischmarkt unternommen. Auf alle Verkaufsstellen des Schlachthofes wurden Beamte verteilt, die von Stand zu Stand gingen, um das Vorhandensein der Großhandelserlaubnis zu prüfen und gleichzeitig festzustellen, ob sich die geforderten Preise mit den am Morgen festgesetzten Richtpreisen für Großhandel auch tatsächlich decken. Gleichzeitig waren alle Ausgänge aus dem Schlachthof polizeilich gesperrt. Wo Preistreiberei festgestellt wurde, erfolgte die Beschlagnahme der Waren. Außerdem wurden Fälle dem Marktgericht zur Entscheidung übergeben.**

Leipzigs größte Vergnügungsstätte als Meßpalast

* **Leipzig,** 15. Nov. Das weltbekannte Kristallpalast-Unternehmen in Leipzig sieht sich gezwungen, seine gesamten Räumlichkeiten anderen Zwecken zur Verfügung zu stellen. Wie aus Leipzig mitgeteilt wird, ist der Vertrag bereits unterschrieben, auf Grund dessen die riesenhaften Räume bald umgebaut werden, um zur Messe neuen Bestimmungen zu dienen. Leipzig verliert damit sein bestrenommiertes Varietee, das Kristallpalast-Varietee. In dem umfangreichen Gebäudekomplex sind zurzeit noch eine große Restauration, zwei Theatersäle und ein Kaffee untergebracht, die nun ebenfalls der Messe dienen werden. Ob das 3000 Personen fassende Lichtspieltheater Alberthalle ein Opfer der wirtschaftlichen Notlage werden wird, ist noch nicht ganz sicher. Zur nächsten Frühjahrsmesse hofft man, in den riesigen Hallen und Sälen, den langgestreckten Wandelgängen und vielen Büro- und Ausstellungsräumlichkeiten der Kristallpalast-A.-G. wieder einige Zweige der etwas auseinandergerissenen Messe in einem neuen Zentrum zu vereinigen.

Der Onkel in Amerika.

Fast alle Menschen haben einen Onkel in Amerika — sie sagen es wenigstens und glauben es auch. Manche Leute sollen sogar zwei Tanten drüben haben. Ich habe aber einen wirklichen Onkel über dem großen Teich, der heißt Theodor. Der ging vor über einem halben Jahrhundert schon ins Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Unsere Mutter hat, als wir noch kleine Kinder waren, uns ganz unglaubliche Geschichten von seinen ungeheuren Reichtümern erzählt; wir Kleinen sahen da riesige Rinderherden und Farmen ohne Zahl, die ihm alle gehörten.

Da saßen wir oft an langen Winterabenden bei der Petroleumlampe, hörten diese Wundergeschichten und dachten: Jetzt geht die Türe auf und der Geldbriefträger bringt uns Pakete von Dollars. Mutter sagte sogar, da sie von der Familie die einzige Ueberlebende sei, so würden wir auch die Universalerben.

Obwohl der liebe Onkel Theodor ausgerechnet in Schikago wohnte, hat er uns aber die langen Jahre doch nichts geschickt. — Ob er verschollen oder sich seiner früheren kleinen Herkunft schämte, wir hörten nie etwas von ihm. Doch der Mensch hofft und will es nie recht glauben, daß er überhaupt nichts zu hoffen und zu erwarten hat. Darum hofften auch wir immerzu bis gestern und heute — denn der Dollar steht ja so Mont-Everest-hoch.

Die Löhne und Gehälter.

Ergebnis

der am Donnerstag, den 15. November 1923, nachmittags stattgefundenen paritätischen Verhandlungen zwischen dem Verband von Arbeitgebern im berg. Industriebezirk und den Arbeiter- und Angestelltenorganisationen.

1. Arbeiterlöhne.

Für die Woche vom 12. bis 18. November einschließlich wird an Stelle des bisherigen Multiplikators von 1 550 000 ein Multiplikator von

5 000 000

vereinbart. Der Anfang dieser Woche geleistete 50prozentige Vorschuß wird hierbei in Abzug gebracht.

Für die nach dem Tertiftarif entlohnten Arbeiter tritt zu diesen Löhnen in nachstehenden Orten:

Klasse B:

Gräfrath, Lennep, Remscheid, Cronenberg, Erkrath, Grutten, Hochdahl, Urdenbach, Unterelsbach, Wermelskirchen, Dabringhausen, Hückeswagen, Wipperfürth, Kettwig, Werden, Kupferdreh, Herdecke

ein Zuschlag von 10 Prozent.

In nachstehenden Orten

Klasse C:

Haan, Hilden, Ohligs, Burscheid, Ratingen, Leichlingen, Schlebusch, Baumberg, Opladen, Ratingen, Immigrath, Langenfeld (Rheinl.), Mülheim-Rhein.

ein Zuschlag von 20 Prozent.

Vorstehende Zuschläge gelten nur für die laufende Woche (12.—18. 11. 23). Maßgebend für die Gewährung des Zuschlages ist der Arbeitsort des betreffenden Arbeiters.

2. Als fünfte Vorauszahlung auf die Novembergehälter der kaufmännischen und technischen Angestellten wird

das 14fache Brutto-Oktobergehalt einschließlich Familienzulage

vereinbart. Auszahlung morgen (Freitag) spätestens Samstag.

Zu dieser Teilzahlung tritt für die in den Orten: Lennep, Wermelskirchen, Hückeswagen, Wipperfürth, Kettwig, Werden, Kupferdreh beschäftigten kaufm. und techn. Angestellten ein Zuschlag von 10 Prozent.

Für die in den Orten Haan, Hilden, Hilgen, Leichlingen, Landwehr, Baumberg, Immigrath beschäftigten kaufm. und techn. Angestellten ein Zuschlag von 20 Proz. Maßgebend für die Zahlung des Zuschlages ist der Arbeitsort des betreffenden Angestellten.

Vorstehende Zuschläge gelten lediglich für diese Teilzahlung.

Unser Hoffen und Harren wurde aber doch noch belohnt, denn heute früh kam ein versiegelter Brief aus Amerika, und darin teilte uns ein dortiger Rechtsanwalt Dr. Wadbury mit, daß Onkel Theodor hochbetagt und stillvergnügt verschieden sei; und er (der Anwalt) gestatte sich, im Auftrage seiner Klientin, der Haushälterin, bei der unser lieber Onkel so lange wohnte, die Rechnung über seine Beerdigungskosten im Betrage von 27 Dollar beizufügen!

Wir waren alle so platt wie neugeborene Flundern und guckten einander an wie eine Schimpansenfamilie. Meine Mutter aber fand lächelnd als Erste ihre Sprache wieder und meinte: „Na, jetzt ham mer doch endlich emal oa Lebenszeiche von em kricht!" (Frkf. Ztg.)

Der begehrte „Sirup".

Die Geschichte des amerikanischen Alkoholschmuggels ist wieder einmal um ein lustiges Kapitel erweitert worden. Die Newyorker Prohibitionsbehörden hatten Wind davon bekommen, daß in den Frachtbahnhöfen zu Newark große Ladungen Starkbier ankommen sollten. Sie untersuchten die in Newark ankommenden Güterzüge und fanden mehrere Waggons mit 600 Fässern Sirup vor. Beim Oeffnen der Fässer entpuppte sich der Sirup als Starkbier, das aus Bethlehem herangekommen war, um den Durst der Newarker Bürgerschaft zu stillen. Die Beamten versiegelten die Güterwagen und trafen Vorbereitungen, die Waren nach den Regierungslagerhäusern zu bringen. Aber als sie ein paar Stunden später auf den Güterbahnhof zurückkamen, mußten sie erkennen, daß die Siegel bereits erbrochen waren und die 600 Sirupfässer sich verflüchtigt hatten. Ehe es der Polizei gelang, den Urhebern dieses Diebstahls auf die Spur zu kommen, wird das Starkbier wohl längst schon die Kehlen der durstigen Bürger hinabgerollt sein.

Ein Meteorkrater.

kos. In Zentral-Arizona, nur wenige Kilometer südöstlich vom Canon Diablo, fanden 1886 rastende Hirten in einer einsamen Steppengegend Blöcke eines auf der Oberfläche braunen oder schwarzen, innen weiß glänzenden Metalls, das sie für Silber hielten. Die Brocken lagen zwischen Felstrümmern um ein tiefes, kraterähnliches Loch verstreut, das nebst seiner hügeligen Umwallung bereits seit längerer Zeit unter dem Namen „Waldhäuserberg" (Coon-Butte) dort zwar bekannt, aber bis dahin der Aufmerksamkeit der Geologen entgangen war. Etwa vier Jahre später kamen einzelne Stücke des Metalls in die Hände von A. E. Foote und Koenig in Philadelphia, die sie ohne Schwierigkeit als Meteoreisen erkannten. Diese Tatsache, in Verbindung mit der rätselhaften Anwesenheit eines Kraters in einer nicht vulkanischen Gegend, erregte in hohem Grade die Aufmerksamkeit der wissenschaftlichen Welt, und seit dem Bekanntwerden der geologisch wie astronomisch gleich bedeutenden Entdeckung im Jahre 1891 ist das Interesse für den „Meteorkrater" bis zum heutigen Tage wach geblieben. Wie Prof. Dr. Graff im „Kosmos" berichtet, wird jetzt an der Entstehung des Kraters durch einen Meteorfall kaum noch gezweifelt. Der amerikanische Physiker Magie hat unter Berücksichtigung des geologischen Aufbaues der Gegend, des Luftwiderstandes und anderer Anzeichen gefunden, daß der fragliche Meteor eine Masse von 360 Millionen Kilo und eine Endgeschwindigkeit von 29 bis 32 Kilometer erreicht haben mag. Unter Annahme des spezifischen Gewichts 7 für das Canon-Diablo-Eisen führt die Zahl auf einen Körper von etwa 46 Mtr. Durchmesser. Die gewaltige Hitze, die beim Eindringen des Körpers in den Felsboden entstanden ist, hat nicht nur eine gewaltige Explosion, sondern auch eine Metamorphose des Gesteins hervorgerufen. Daß man kaum ein Zwanzigstel der Masse des Meteors gefunden hat, darf nicht weiter überraschen. Bei der ungeheuren Temperaturentwicklung ist ein gut Teil des Eisens zweifellos vergast, von den erhaltenen Resten ein Teil der allmählichen Oxydation verfallen. Wahrscheinlich hat der Meteorfall schon vor Jahrtausenden stattgefunden.

Die Sohlenwährung.

Der Inhaber einer Lederfabrik in Borna in Sachsen hat, da ihm zur Auszahlung der Löhne nicht genügend Barmittel zur Verfügung standen, seinen Arbeitern einen Teil ihres Verdienstes mit Ledersohlen auszahlen müssen, die mit dem Firmenstempel versehen sind und als Wertangabe den Tagespreis tragen. Der Fabrikant ersucht in einer Kundgebung die Geschäftswelt, die Sohlen in Zahlung zu nehmen, die als wertbeständiges Zahlungsmittel mehr gelten als Papiergeld.

Abonniert die „Schwerter Zeitung"!

Präsidentenwahl in China.

Das Schachern um das Präsidentenamt und die sonstigen Staatsämter in China wird in einer von der K. Z. veröffentlichten Schilderung der Vorgänge bei der jüngsten Präsidentenwahl wie folgt besprochen:

Ein unwürdigeres Schauspiel auf sogenanntem parlamentarischen Boden ist wohl selten gespielt worden wie die Präsidentenwahl in Peking. Mit List, Ueberredung, Fälschung und schließlich Gewalt hat man den rechtmäßigen Präsidenten, den Vater der großen Revolution, Lijuanhung, aus Peking fortgebracht, ihn schließlich unter neuen Vorspiegelungen aus der englischen Niederlassung Tientsins nach der französischen Niederlassung Schanghais gelockt, um ihn dort als den braven, dicken, gutartigen Papa fallen zu lassen und kalt zu stellen. Alles das war unschön und unwürdig, oft widerlich. Unterdessen ging die Hetze los um den leer gewordenen Präsidentensessel. Die Fanfaren der großen Macher bliesen: die Jagd ist frei! So etwas von Werbearbeit ist selten in China gesehen worden. Von den vierhundert Millionen nimmt dabei knapp eine einzige Million überhaupt irgendwelchen Anteil an den Vorgängen. Der Zank um die Aemter war bis vor 20 Jahren das Vorrecht der Literaten. Seit zehn Jahren war er das Vorrecht der aus Amerika zurückgekehrten Studenten, und in diesem Jahre ist der Preis ganz frei geworden. Jeder glaubt das Recht auf den Drachenstuhl zu haben. Vielleicht ist auch das so eine neuartige Demokratie. Die fremden Mächte, die heute längst die mehr oder minder wohlwollenden Despoten Chinas geworden sind, haben fortgesetzt eingegriffen. Im Zeitalter des Völkerbundes ist es schlechter Geschmack, zu oft mit Bajonetten und Kriegsschiffen zu drohen. Trotzdem hat man in China nie davor zurückgeschreckt, aber es zieht hier nicht mehr so recht, denn den Chinesen wissen aus der Erfahrung des Boxerfeldzuges, daß zwar solch ein Fremdeneinbruch den Handel und das tägliche Leben stört, viel Unordnung mit sich bringt, daß sich aber letzten Endes die Fremden doch nur untereinander zanken, was sowieso hier ihre Lieblingsbeschäftigung ist. Die Daumenschrauben, die man den Chinesen im Laufe des Sommers und des Herbstes anlegte, sind dieselben, die man beim unglücklichen Deutschland anwendet. Es ist die direkte und indirekte Drohung mit der Verstärkung der finanziellen Aufsicht. Der Fall China beweist zu den vielen übrigen deutlich und klar, daß es den fremden Großmächten, sprich England und Amerika, letzten Endes doch nur immer wieder um das Geld zu tun ist, das man ohne eigene Mühe von Millionen gelbhäutiger Arme für die eigenen großen und kleinen Kapitalisten erarbeiten läßt. Darum griffen die Mächte offen und versteckt fortgesetzt in die inneren Angelegenheiten Chinas ein und leiteten durch das Pekinger Gesandten-Konsilium tatsächlich die innere Politik. Die Aeußerlichkeiten, so verlangt es die Nachkriegstaktik der großen Mächte, mußten in erster Linie gewahrt werden. Gewalt im Innern durfte in keinem Fall angewandt werden. So mahnte der Vertraute des englischen Gesandten in einer geheimen Sitzung die führenden Chinesen, als sie vorschlugen, das Parlament aufzulösen und den Marschall Tsaokun, der in Paotingfu als Generalinspektor der Heere des Nordens weilte, an der Spitze seiner Truppen nach Peking in den Präsidentenpalast zu führen.

Das Volk wenn man ihm nicht neue Steuern aufpackt, ist ihm der ganze Vorgang, die Schacherei um die Stellen, völlig gleichgültig. Packt man ihm zu viele Steuern auf, so begehrt es auf. Die Grenzen der Belastungsfähigkeit kennt jeder Chinese sehr genau und respektiert sie im allgemeinen. Da es mit Gewalt nicht ging, mußte die Ueberredung herhalten. Ueberredung in China bedeutet Hin- und Herschieben von Geld. Auch sogar auf dem Schlachtfeld zwischen der Besitz der größeren Summen. Vom gegenseitigen Totschlagen halten die Chinesen nicht viel. Der stärkere Bizeps oder der dickere Tank ist hier kein Beweisgrund. Die Gelegenheit ergähnend, trennte sich nun flugs das Parlament. Je weiter ab von der Ueberredungsstelle Peking, desto kostbarer die Stimme. In Schanghai bei den Fremden konnte man das Maul weit aufsperren und Opposition machen. Die Ueberredungssummen stiegen. Man sprach zuerst von 300 Dollar Anwesenheitsgeld für den Tag der Präsidentenwahl. Die Pekinger Parlamentarier murrten leise, die in Tientsin lachten laut, die weitab vom Schuß in Schanghai schrien es in alle Winde: Unverschämt! Die Präsidentenmacher erhöhten die Summe: 1000 Dollar. Die Antwort kam prompt zurück: „Wir wählen einen Gegenpräsidenten im Süden, der zahlt mehr.“ „2000 Dollar“ kam es von Peking. „Lächerlich“, schrien die in Tientsin und Schanghai zurück, wobei fremdsprachige Zeitungen sich zum Sprachrohr herabgaben. Ein ekelhaftes Schauspiel. „3000 Dollar“, brüllte Wuchingtien, der Sprecher des Unterhauses. „Viel zu wenig, wir wählen Lijuanhung wieder. Der wird wie am Tage der großen Revolution seine Heere nach Norden führen, um euch einst wie die Mandschu herauswerfen.“ Jetzt wurde es ernst. Wo sollte soviel Geld herkommen? Der Sprecher Wu reiste nach Tientsin und nahm mit seinen Freunden Rücksprache, wieviel man aufbringen könne. Er ging nach Paotingfu zum großen Kandidaten Tsaokun. Man rechnete. Fünfzig Millionen Vermögen hatte die Partei. Opferte man zehn Millionen für die Wahl, so war die Sache zu machen. Auf etwa fünf Millionen allein kam das Parlament. Der Rest ging an die Gouverneure und Truppenführer, an Gendarmerie, Polizei, Zeitungen und die großen und kleinen Schieber. Gut. Es wurde beschlossen, 5000 Dollar Anwesenheitsgelder für den Tag der Präsidentenwahl je Nase und Parlamentsmitglied zu zahlen, um den inneren Frieden und die Rechtmäßigkeit der Wahl zu sichern. „Das ist allerhand“, sagte man in Peking, Tientsin und Schanghai, „aber erst beweist uns einmal, daß die Schecks, die ihr ausstellt, auch eingelöst werden, eher kommen wir nicht herauf. Gebt Garantien!“ Das war nicht einfach. Volle drei Wochen lang hat man um die Garantien gefeilscht und gehandelt. Einem Fremden glaubt kein Chinese viel. Von einem Chinesen ist der Chinese heutzutage augenscheinlich überzeugt, daß er ihn grundsätzlich und absichtlich von vornherein belügt und betrügt. Bis zum Tage vor der Wahl ging der widerwärtige Handel. Bomben fielen in Paotingfu, Explosionsstoffe wurden in Peking geworfen. Die Opposition war nicht müde zu hetzen und zu verleumden, mit vollem Namen die Gegner an den Pranger zu stellen. So kam der große Tag heran. Es war der 5. Oktober. Ein klarer, schöner Sonntag, an dem man die Parlamentarier in dem Parlamentsgebäude, das man bei uns als einen Kleinstadtzirkus bezeichnen würde, eingesperrt hatte. Bajonette rings herum in großer Menge. Geschlossene Wahlsitzung. Publikum, Presse und Diplomaten nicht zugelassen, denn der Empfang der 5000 Dollarschecks ist doch immerhin keine sehr schöne Sache. Angstvolle Stunden der Erwartung, da 25 Mitglieder mit Extrazug erwartet werden, um das Quorum voll zu machen. Bei der dritten Abstimmung werden die Zuschauer zugelassen. Nun ist ja alles sicher. Der Name des Marschalls Tsaokun wird mit außerordentlicher Mehrheit immer wieder von den Wahlzetteln gelesen. Er ist nach dem Willen des englischen Gesandten auf rechtmäßige Weise von der Mehrheit der Volksvertreter erwählt worden! Was will die Welt noch mehr?

Nun ist die Jagd frei. Die Feilscherei um die hohen Posten, die reiche Pfründen darstellen, beginnt. Die Provinzialmachthaber stellen ihre Bedingungen dafür, daß sie den neuen Präsidenten anerkennen. Ihre Forderungen liegen überall auf verstärkter Selbstverwaltung. Die Wettbewerber auf dem militärischen Gebiet, deren es eine ganze Menge gibt, selbst mehr oder minder selbständige, in den Provinzen sitzende Befehlshaber, müssen erst gekauft und beruhigt werden, damit der Welt das Phantom eines einigen China wenigstens für eine Zeit erhalten bleibe, denn daß der Bürgerkrieg, wenn die kalte Jahreszeit vorüber ist, sofort wieder aufflammen wird, davon ist wohl jeder Mensch in China überzeugt. Der Bürgerkrieg aber nährt seinen Mann. Er scheint hier das Wesen aller Dinge geworden zu sein. Die fremden Gesandten aber quittieren das Ergebnis der Wahl mit einem tiefen Seufzer der Erleichterung. Der Schein eines durch einen Präsidenten zentral verwalteten China ist aufrechterhalten worden. So hat man eine Instanz, an die man seine Noten richten kann. So hat man jemand, der die Geldforderungen auf Zinszahlungen an die großen und kleinen Kapitalisten daheim willig und unbesehen unterschreibt, und so ist man sicher, daß man aus dem warmen und wohl gefütterten Nest des Gesandtschaftsviertels nicht womöglich in einer anderen neuen Hauptstadt sein Lager aufschlagen muß, was mit vielen und großen Unbequemlichkeiten verbunden sein dürfte und sicherlich zum mindesten die riesigen Stäbe der kleinen Despoten, der fremden Gesandten nämlich, vermindern würde. Das wäre sehr unangenehm. Dem Wechsel nach zehn Jahren der Unruhe ist man abgeneigt. China ist an sich das Land ewiger Fortsetzung. Es lebe der Zopf, auch der fremde!

Ausschußware.

Von unserem Berliner k-Mitarbeiter.

Der französische Ministerpräsident hat zur Bekämpfung der von England und der Nordamerikanischen Union vorgeschlagenen Reparationskonferenz die homöopathische Methode angewandt. Er sucht Gleiches mit Gleichem zu kurieren, indem er an die Stelle der Konferenz einen Ausschuß setzt, einen Ausschuß von Poincares Gnaden, dessen Zusammensetzung und eng umgrenzte Aufgaben ihn von vornherein als Ausschußware kennzeichnen. Die französische Politik hat diesmal, um sich nicht durch eine unverhüllte schroffe Absage in die „glänzende Isolierung“ hineinmanövrieren zu lassen, dieselbe Taktik gewählt wie bei der Konferenz von Genua, die sie durch einen Flankenstoß sabotierte. Poincare lehnt es nicht grundsätzlich ab, mit Deutschland in Verhandlungen zu treten, da, wie die Agence Havas erklärt, „der passive Widerstand aufgehört habe und vorsätzliche Versehungen, die wegen der Sachlieferungen festgestellt wurden, infolge der unmittelbaren Abmachungen mit den deutschen Industriellen verschwunden seien“, aber er sorgt dafür, daß der geplante Sachverständigenausschuß, der einen sehr schlechten Kriegsersatz für die Reparationskonferenz darstellt, unter die Botmäßigkeit der Reparationskommission gestellt wird, in der der französische Einfluß wenigstens bisher überwogen hat. —

Um ganz sicher zu gehen, hat Poincare die Initiative ergriffen und selbst den Antrag in der Reparationskommission eingebracht, die deutschen Vertreter auf Grund der Note der deutschen Regierung vom 24. Oktober zu hören; wobei freilich auf die darin geltend gemachten Forderungen herzlich wenig Rücksicht genommen worden ist. Die Reparationskommission hat denn auch einen diesbezüglichen Beschluß einstimmig gefaßt. Danach sollen die deutschen Delegierten innerhalb zehn Tagen nach Paris berufen werden, und nach ihrer Anhörung will man in eine Prüfung darüber eintreten, ob es nötig sei, einen Sachverständigenausschuß zu ernennen und eine Untersuchung über die finanzielle Lage des Deutschen Reiches anzustellen.“ Immer langsam voran, immer langsam voran, damit Deutschland derweil kaputt gehen kann!

Die Pariser Presse macht kein Hehl daraus, worin der eigentliche Zweck der Uebung ist, indem sie rückhaltlos erklärt, daß „durch die Unterordnung der Sachverständigenberatung unter die Reparationskommission die größere Gefahr einer internationalen Konferenz vermieden worden sei.“ In England und in Amerika hat man das auch erkannt. Der britische Vertreter in der Reparationskommission, Sir John Bradbury, hat die ernstesten Bedenken gegen den französischen Antrag geltend gemacht, den er durch den Vorschlag eines Philosophen kennzeichnete, mit Hilfe von Pillen Erdbeben zu kurieren, und er erklärte, lediglich seine formelle Zustimmung zu geben, um ein völlige Entgleisung des Reparationszuges zu verhindern. Die englische Presse sowohl wie die amerikanische übt an der Haltung Poincares scharfe Kritik, aber vergeblich wartet man auf positive Schritte. Präsident Coolidge macht Frankreich für das Scheitern der Konferenz verantwortlich, und man verspricht Deutschland eine Anleihe für den Fall einer Reparationsverständigung, aber man tut nichts, um diese zu ermöglichen.

Die Optimisten rechnen darauf, daß in der Reparationskommission und nachher im Sachverständigenausschuß der englische Standpunkt, zu dem sich auch Belgien und Italien bekehrt zu haben scheinen, zum Schluß doch den Sieg davon tragen könne. Aber das ist einmal eine vage Hoffnung, und vor allem hat es Frankreich in der Hand, durch „geschickte Gründlichkeit“ die Verhandlungen monatelang hinzuziehen. Stellt sich doch Poincare von vornherein auf den Standpunkt, daß bei den Verhandlungen 1. die Legalität der Ruhrbesetzung nicht in Frage gestellt werde und daß 2. die Summe der deutschen Schuld nebst der Zahlungsart schon im Mai 1921 endgültig festgesetzt wurde, also nicht mehr erörtert werden dürfe. Damit wäre der Ausschuß zu dem Lichtenbergschen Messer ohne Klinge, dem das Heft fehlt, degradiert. Im übrigen hofft Poincare wohl darauf, daß sich während der gründlichen Prüfung neue Sabotierungs- und Drangsalierungsmöglichkeiten ergeben werden. Die angedrohten Sanktionen wegen der Rückkehr des Kronprinzen nach Deutschland geben in dieser Beziehung bereits einen Fingerzeig.

Handel und Industrie.

Der deutsche Außenhandel im September 1923.

wtb. Noch immer war der Verkehr der Rheinlande und des Ruhrgebiets mit dem unbesetzten Deutschland aufs äußerste beschränkt, so daß eine zuverlässige Ermittlung der Größe des deutschen Außenhandels wie in den Vormonaten unmöglich gewesen ist. Die folgenden Zahlen und Vergleiche können deshalb nur mit Vorbehalt aufgenommen werden. Es betrug die

	Einfuhr Mengen in 1000 Doppelzentnern		Ausfuhr	
	Sept.	Aug.	Sept.	Aug.
Gesamt	34 198	41 203	11 426	10 745
darunter				
Lebensmittel u. Getränke	2 819	2 531	701	948
Rohstoffe und halbfertige Waren	29 839	36 840	7 429	5 968
Fertige Waren	1 527	1 827	3 295	3 833

Bemerkenswert bei der Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken ist das starke Anwachsen der Fleischeinfuhr in diesem Monat, deren Hauptanteil von Gefrierfleisch und einfach verarbeitetem Speck bestritten wird, ebenso der Einfuhr von Schmalz. Anderseits ist ein starker Rückgang der Einfuhr von Reis und ein geringer derjenigen von Müllereierzeugnissen zu verzeichnen, obwohl die Einfuhr an diesen letzteren immer noch mehr als das Siebenfache des Monatsdurchschnitts des Vorjahres beträgt. Bei Rohstoffen und halbfertigen Waren ist ein abermaliges Ansteigen der Einfuhr von Bau- und Nutzholz zu verzeichnen, anderseits ein starker Rückgang der Rohstoffe für die Papiererzeugung, zugleich aber auch eine Erhöhung der Ausfuhr von Zellulose u. ä. und ein Rückgang der Ausfuhr von Papier und Papierwaren. Die Einfuhr von Faserstoffen hat sich weiter vermindert. Schließlich ist in diesem Monat aber auch ein erheblicher Rückgang der Einfuhr an Steinkohlen und Braunkohlen festzustellen. Nichtsdestoweniger beträgt die Einfuhr an Steinkohlen mit 16 019 130 Doppelzentner noch immer etwa 158 v. H. der Monats-Durchschnittseinfuhr des Vorjahres. Der außerordentliche Rückgang in der Einfuhr an Braunkohlen ist ein zufälliger und bedingt durch den während der ganzen Dauer der Berichtszeit auf den tschecho-slowakischen Gruben herrschenden Streik. Die Einfuhr von Koks hat sich dagegen nach weiter, wenn auch in etwas geringerem Umfange als früher, vermehrt. Sie beträgt nunmehr fast das Neuneinhalbfache der Monats-Durchschnittseinfuhr des Vorjahres. Zum ersten Male seit längerer Zeit ist ein Ansteigen der Einfuhr an Eisenerzen und Manganerzen zu beobachten. Aber diese erreicht doch erst einen geringen Bruchteil der Monats-Durchschnittseinfuhr des Vorjahres. Die Einfuhr an Eisenerzen wuchs nämlich auf 2 672 270 Doppelzentner gegenüber 1 202 410 Doppelzentner im Vormonat und 9 178 110 Doppelzentner im Monatsdurchschnitt des Vorjahres, diejenige an Manganerzen auf 67 620 Doppelzentner gegenüber 2950 Doppelzentner im Vormonat und 248 250 Doppelzentner im Monatsdurchschnitt des Vorjahres.

Bei den Fertigwaren ist im allgemeinen sowohl bei der Einfuhr wie bei der Ausfuhr ein Rückgang zu konstatieren. Insbesondere hat die Ausfuhr von Walzwerkerzeugnissen und Eisenwaren eine Verminderung erfahren, und zwar von 915 470 Doppelzentner auf 797 830 Doppelzentner, während sie im Monatsdurchschnitt des Vorjahres 1 930 020 Doppelzentner betrug. Ebenso hat die Ausfuhr an Maschinen, die schon im Vormonat rückläufig gewesen war, nachgelassen. Sie betrug 266 920 Doppelzentner gegenüber 246 890 Doppelzentner im Vormonat und 899 140 Doppelzentner im Monatsdurchschnitt des Vorjahres. Bemerkenswert ist auch, daß die Einfuhr von Roh- und Brucheisen sich wiederum vermindert hat, die Ausfuhr zugleich gestiegen ist.

Börsenbericht.

wtb. Berlin, 15. Nov. (Tel.) Bei der amtlichen Feststellung der Devisenkurse erfolgte weitere Angleichung an die Markentwertung des Auslandes. Die Kurse wurden auf das doppelte des gestrigen Standes hinaufgesetzt, die Zuteilung erfolgte auf dem niedrigen Stande wie gestern. Die wichtigsten Devisen wurden mit 1 Prozent abgegeben.

Amtliche Berliner Devisenkurse.

	14. November		15. November	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland 1 Gulden	478800	481200	947025	952575
Buenos-Aires	399000	401000	897750	902250
Belgien 1 Frk.	59850	60150	115710	116290
Norwegen 1 Kr.	181545	182450	363090	364910
Dänemark 1 Kr.	215460	216540	428925	431075
Schweden 1 Kr.	331170	332830	664335	667665
Finnland 1 M.	33516	33684	67830	68170
Italien 1 Lire	53865	54135	107730	108270
England	5.483250	5.513750	10.982500	11.027500
New York 1 D.	1.256850	1.263150	2.513700	2.526300
Paris 1 Frk.	69825	70175	137655	138345
Schweiz 1 Frk.	219450	220550	442890	445110
Spanien 1 Pes.	163590	164410	327180	328820
Japan	604485	607515	1.208970	1.215030
Rio de Janeiro	107730	108270	215460	216540
Wien 100 Kr.	17955	18045	35910	36090
Prag 1 Kr.	35910	36090	73816	74185
Budapest 1 Kr.	65835	66165	135660	136340
Sofia	9975	10025	21945	22055
Jugoslawien	14364	14436	29925	30075

(Alles in Millionen Mark.)

❖ Mitbürger! Denkt an die Schwerter Volksspende! ❖

Im Kampf um Liebe.

Roman von Rudolf Zollinger.

15] (Nachdruck verboten.)

„Ließe sich das nicht sehr einfach damit erklären, daß sie gerade zu ihm, der ihren Vater behandelte, ein besonderes Vertrauen hatte?“

„Irgendeine Erklärung läßt sich natürlich für alles finden. Diese hier aber will mir sehr wenig einleuchtend scheinen. Jedenfalls mußte sie wissen, daß ihrem Bräutigam keiner von allen Hamburger Aerzten so unerwünscht sein würde wie dieser Holthausen, den er nicht ausstehen konnte, auch wenn er vielleicht aufgehört hatte, einen gefährlichen Nebenbuhler in ihm zu sehen.“

„Und es ist doch jedenfalls nicht die Regel, daß man einen Doktor ruft, dem der Patient bei klarem Verstande vermutlich die Tür weisen würde — zumal dann nicht, wenn der Hausarzt des Erkrankten ebenso schnell und sicher zu erreichen ist.“

„Fand Doktor Holthausen meinen Oheim noch am Leben?“

„Darüber können nur er selbst und Fräulein Luisa Auskunft geben. Und sie sagen, daß Jens Jenssen in demselben Augenblick verschieden sei, da Doktor Holthausen die Schwelle des Krankenzimmers überschritt. Sehr lange kann er nach diesem Augenblick freilich nicht mehr gelebt haben; denn als man die Dienerschaft hereinrief, war er ohne Zweifel tot.“

„Und das ist alles, worauf sich Ihre Vermutung eines Verbrechens gründet?“

„Scheint es Ihnen so wenig? Ich denke, wenn man alles zusammen in Betracht zieht, kommt eine ganz hübsche Summe von verdächtigen Umständen zueinander. Daß es für Fräulein Luisa nichts Erwünschteres, ja, ich möchte sagen, nichts Notwendigeres geben konnte, als Jens Jenssens plötzlichen Tod, liegt doch auf der Hand. Sie liebte ihn nicht, und sie war ohne Zweifel klug genug, vorauszusehen, daß ihr als seiner Gattin keine allzu sonnige Zukunft bevorstand. Sie wußte jedenfalls ganz genau, daß ihre unbeschränkte Macht über ihn nur so lange währen würde, als sie ihm noch etwas vorzuenthalten hatte, und daß es mit seiner Fügsamkeit wie mit seiner schrankenlosen Freigebigkeit ein Ende haben könnte, sobald sie erst einmal sein willenloses Besitztum geworden war. Aus diesem Grunde hatte sie ja auch den Termin der Hochzeit immer wieder hinauszuschieben gewußt.“

„Nun aber war keine Aussicht mehr vorhanden, daß sich Jenssens Ungeduld noch lange mit allerlei Vorwänden und Ausflüchten hinhalten lassen würde. Der Zustand des Obersten Magnus wurde immer bedenklicher, und er selber wünschte, die Hochzeit noch vor seinem Tode vollzogen zu sehen. Trotzdem würde sich das Schicksal des armen Jens vielleicht noch nicht so bald erfüllt haben, wenn nicht seine Sinnesänderung bezüglich des Testaments für Fräulein Magnus einen unerwarteten Strich durch ihre Berechnungen bedeutet hätte. Ein Rückgängigmachen dieser letztwilligen Verfügung mußte unter allen Umständen verhindert werden — unter allen Umständen, sei es durch zärtliche Ueberredung, sei es auf irgendeine andere Weise. Wenn Jens Jenssen starb, ehe er sein bereits bei Gericht deponiertes Testament hatte zurückfordern können, so war die schöne Luisa eine Millionärin, — wenn er aber dazu kam, es zurückzunehmen, so blieb sie, was sie war, nämlich eine ganz von seiner Gnade abhängige Bettlerin. Würden Sie die Tochter des Obersten Magnus persönlich kennen, so brauchte ich Ihnen nicht erst zu versichern, daß es für eine Person von ihren Charaktereigenschaften bei solcher Sachlage nicht allzu schwer war, zu einem entscheidenden Entschluß zu gelangen.“

„Sie sind also der Meinung, daß Luisa Magnus meinen Onkel ermordet hätte, und zwar unter dem Beistande des Doktors Gerhard Holthausen, den Sie für ihren Geliebten halten?“

„Nehmen wir immerhin an, daß dies meine Meinung von der Sache wäre.“

„Und Sie haben die Reise von Hamburg nach München zu keinem anderen Zweck unternommen, als um mich von dieser Ihrer Ansicht in Kenntnis zu setzen?“

„Es mag schon sein, daß dies der hauptsächlichste Zweck meiner Reise gewesen ist.“

„So beantworten Sie mir gefälligst eine Frage: Warum zogen Sie es nicht vor, statt dessen in Hamburg zum Staatsanwalt zu gehen und diesem Ihre Wahrnehmungen und Vermutungen mitzuteilen?“

„Weil es das Dümmste gewesen wäre, was ich hätte tun können! Erstens denunziert man niemanden, gegen den man keine handgreiflichen Beweise vorbringen kann, und zweitens bin ich als Amerikaner gewöhnt, mich jedesmal, wenn ich die Wahl zwischen zwei oder mehr verschiedenen Wegen habe, zu allererst zu fragen, welcher von ihnen für mich der vorteilhafteste ist. Was aber hätte bei einer solchen überstürzten Anzeige für mich herauskommen können? Ja, wenn ich meinen armen Freund damit wieder hätte lebendig machen können! So aber handelt sich's bei der ganzen Geschichte nicht mehr um ihn, sondern nur noch um sein Vermögen. Und ich glaube, es wird viel leichter sein, dies Vermögen für Sie zu retten, wenn man den Staatsanwalt und die Gerichte vorläufig ganz aus dem Spiel läßt.“

Der Maler, der die Palette längst aus der Hand gelegt hatte, stand mit über der Brust verschränkten Armen vor dem Sprechenden. Trotz seines lebhaften Temperaments mußte er sich vortrefflich in der Gewalt haben; denn sein Gesicht war für das forschende Auge des anderen ganz undurchdringlich geworden.

„Ich verstehe Sie noch nicht ganz, Herr Langheld,“ sagte er. „Vorhin glaubte ich Ihren Worten zu entnehmen, daß das Testament des Herrn Jenssen unanfechtbar sei?“

„Allerdings! Aber bei richtigem Vorgehen halte ich es für beinahe sicher, daß man Fräulein Magnus bewegen könnte, aus freien Stücken auf die Erbschaft zu verzichten. Es käme eben nur darauf an, wie man es anfängt. Eine geschickte Mittelsperson, die alle Fäden in ihre Hand zu bringen und das Spiel mit kluger Berechnung zu dirigieren weiß, wäre dabei freilich unerläßlich.“

„Und Sie würden, wenn ich Sie recht verstehe, bereit sein, diese geschickte Mittelsperson abzugeben?“

„Je nachdem! Wer für einen anderen die Kastanien aus dem Feuer holen will, ist immer in Gefahr, sich die Finger zu verbrennen. Und der Kurkosten wenigstens muß er sich darum doch wohl vorher versichern.“

(Fortsetzung folgt.)

Wochenabonnement: 200 Milliarden, Einzelnummer: 40 Milliarden Mk.

Zum Geleit.

Die Jahre kommen und gehen,
Geschlechter stürzen ins Grab,
Doch nimmer vergehet die Liebe,
Die ich im Herzrn hab!

Hch. Heine.

Aus Stadt und Land.

Schwerte, den 16. November 1923.

Schwerter Volksspende.

An weiteren Spenden für die Volksküche sind eingegangen:

	Uebertrag 16 800	Milliarden
Kaufmann G. Havel	500	„
Kaufmann E. Lippmann	500	„
N. N.	500	„
N. N.	1000	„
Wirt Wilhelm Gremme	500	„
Schneidermeister Ortmann	500	„
Kaufmann Giesberg	2000	„
Kaufmann Kölling	1000	„
N. N.	1500	„
Justizrat Backhausen	100	„
N. N.	2000	„
	Uebertrag 26 900	Milliarden

—* **Die Auszahlung der Zusatzrente** (Nachzahlung) für Kriegshinterbliebene und nicht im Erwerbsleben stehende Kriegsbeschädigte findet am Sonnabend, den 17. November 1923, vormittags, an der hiesigen Stadtkasse statt.

—* **Vorschriften für die neuen Münzen.** Für die Ausprägung der neuen Münzen liegt jetzt die Verordnung des Reichspräsidenten vor, die verschiedene bemerkenswerte Einzelheiten bringt. Der Gesamtbetrag er Münzen soll bis auf weiteres eine Rentenmark für den Kopf der Bevölkerung nicht überschreiten. Eine Erhöhung ist nur mit Zustimmung der Rentenbank zulässig Die Münzen werden an den öffentlichen Kassen als Zahlungsmittel angenommen. Bei Begleichung einer Schuld in Rentenmark ist niemand verpflichtet, Münzen zu 50 Pfennig im Betrage von mehr als 20 Rentenmark, solche zu 1, 2, 5 und 10 Pfg. Münzen im Betrage von zusammen über mehr als 5 Mark in Zahlung zu nehmen. Mit den Wertzeichen der Rentenbank müssen auch die Münzen eingezogen werden. Auch diese werden mindestens voll durch Rentenbriefe gedeckt. Sie dürfen zur Deckung von Rentenbankscheinen nicht verwendet werden und werden gesondert aufbewahrt.

—* **Wann zählen Neugeborene bei der Einkommensteuer?** Bei der Einkommensteuer begründet ein Kind im Haushalt des Pflichtigen gewisse Abzüge. Es ist die Frage entstanden, von welcher Zeit an ein neugeborenes Kind zählt. Der Reichsfinanzhof hat in einem Urteil entschieden, daß das Kind schon bei der Veranlagung für das Kalenderjahr zu rechnen ist, in dessen Laufe es geboren wurde.

—* **Die Gebühren für Pässe,** Reichsangehörigkeitsausweise usw. sind durch ein Gesetz neu geregelt worden. Die Reichsregierung setzt mit Zustimmung des Reichsrats die Gebühren für die Ausfertigung von Pässen, sonstigen Reisepapieren und Sichtvermerken fest. Die Gebühren ermäßigen sich um den Betrag von Abgaben, die von den Landes- oder Gemeindebehörden für die Ausfertigung von Pässen, sonstigen Reisepapieren oder Sichtvermerken, für Stempel und andere Abgaben, insbesondere auch Verwaltungsgebühren erhoben werden. Die Gebührenfestsetzung kann den Landesregierungen oder den von ihnen ermächtigten Behörden überlassen werden, soweit es sich lediglich um die Regelung des Verkehrs in den Grenzbezirken, insbesondere des sog. kleinen Grenzverkehrs handelt. Das Aufkommen von gebührenpflichtigen Amtshandlungen fließt in die Reichskasse, wenn die Handlungen zur Zuständigkeit der deutschen Vertretungen im Ausland gehören. Für die Erteilung von Aufnahme- oder Einbürgerungsurkunden erläßt die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats die nötigen Vorschriften über die Höchstsätze von Gebühren und Abgaben. Dasselbe gilt für Entlassungsurkunden.

—* **Geänderte Verordnung.** Die Verordnung über eine zeitweise Verweigerung von Leistungen auf Grund eines außerdeutschen Kurses der Reichsmark war erst durch das Wolff'sche Telegraphenbüro verbreitet worden. Inzwischen hat ihr der Reichspräsident eine neue Fassung gegeben, die jetzt gilt. Sie lautet: Bei vertraglichen Verpflichtungen, die nach einem außerdeutschen Kurse der Mark bemessen sind, kann die Erfüllung während der Geltungsdauer dieser Verordnung verweigert werden, sofern der Forderungsberechtigte die Annahme der Leistung auf der Grundlage des Berliner Kurses der Mark ablehnt. Der Reichswirtschaftsminister erläßt die erforderlichen Durchführungsbestimmungen.

—* **Schneelauf in Bildern.** Filmartig, aber nicht in der nervösen Hast der zappelnden Leinwand, vielmehr klar, sicher und für das lernbegierige Auge greifbar und plastisch, — so entrollt sich das Band der glänzenden Augenblicksaufnahmen aus dem Reiche des Schneelaufs. Nicht Bilder schlechthin fesseln: Der bekannte Schneeschuhläufer Carl J. Luther meißelt hier gleichsam das Entscheidende für Schritt Wendung, Schwung, Sprünge und sausende Talfahrt zu einem typischen Ganzen, umrahmt es mit kurzen treffenden Merkworten, die mehr sagen als lange Lehrstunden, — und Sehen und Erfassen ist eines. Hier wird konzentrierte Erfassung mit hochgewandter Technik vereint zu einem Elixier, das man jedem Schneeläufer, vor allem den angehenden und denen, die jahraus jahrein sich noch um den sog. letzten Schliff in ihrer winterlichen Kunst mühen, nur aufs wärmste empfehlen kann. Der Grundpreis dieses prächtigen Lehralbums mit seinem zweifarbigen Umschlag, Text und den fein abgetönten Kunstdrucken beträgt nur ℳ —.80 (für die Schweiz 1.— Fr.) zu vervielfachen mit der Buchhändlerschlüsselzahl. — Wie wir übrigens hören, hat der gleiche Verfasser noch ein ergänzendes Album über die Finessen des Sprunglaufs vorbereitet, das ebenfalls der bekannte Sportverlag Dieck & Co. in Stuttgadt in der Reihe seiner mustergültigen Sportlehrtafeln erscheinen lassen wird. — Zu beziehen durch die Buchhandlung Carl Braus hier.

—* **Die Unterbringung der Reisenden in den Zügen** ist die besondere Sorge der Eisenbahnverwaltung. Nicht immer wird von den Bediensteten die nötige Sorgfalt darauf verwendet. Insbesondere wird darüber geklagt, daß die Reisenden nicht darüber genügend unterrichtet werden, welche Wagen zum Einsteigen freigegeben sind. Es ist sogar vorgekommen, daß Reisende wegen mangelnder Unterrichtung zurückgeblieben sind. Die Aufsichtsbeamten sind deshalb von neuem angewiesen worden, sich die Unterbringung der Reisenden angelegen sein lassen und auch darüber wachen, ob das Zugbegleitpersonal in dieser Beziehung seine Pflicht erfüllt.

Ergste. In der vergangenen Nacht ereignete sich kurz vor Ergste ein schwerer Unglücksfall, indem ein Personenauto der Schwerter Eisenindustrie an einer der infolge des strömenden Regens schlüpfrig gewordenen Wegestelle umschleuderte und gegen einen Baum fuhr. Der Ingenieur Berg ist tot, ein anderer Insasse erlitt leichtere Verletzungen.

Aus den Provinzen.

)!(**Unna.** (Ein Kranz mit einem Hakenkreuz) wurde Samstag morgen in Gegenwart eines Schutzmannes vom Germaniadenkmal auf dem Markt heruntergeholt.

(!) **Hagen.** (Ein interessanter Beleidigungsprozeß) wurde vor der Hagener Strafkammer verhandelt. In Hagen erschien als Fortsetzung des „Westfälischen Vorwärts" eine Wochenzeitschrift unter verschiedenen Titeln, für die ein Student in Münster verantwortlich zeichnete. In dieser Zeitung wurde das Verhalten des Bürgermeisters Dieckmann in Minden kritisiert. Unter der Ueberschrift „Falsche Patrioten" wurde ihm vorgeworfen, er habe nach dem Rathenau-Mord sich zu sehr von den linksgerichteten Kreisen ins Schlepptau nehmen lassen, nachdem er als Redner wiederholt sich in starken nationalen Redewendungen bewegt habe, zur Herausgabe der schwarz-weiß-roten Fahne aufgefordert mit den Worten „gebt doch die Lappen heraus" und schließlich war ihm passives Verhalten bei vaterländischen Kundgebungen gegen den Ruhrkampf vorgeworfen. Auf Klage des Bürgermeisters wurde gegen den Redakteur ein Verfahren wegen Pressebeleidigung anhängig gemacht, von der Staatsanwaltschaft aus rechtlich formellen Gründen aber eingestellt. Auf Anweisung des Generalstaatsanwalts mußte es dann wieder aufgenommen werden. In der Verhandlung ergab die Beweisaufnahme die Unrichtigkeit der Zeitungsdarstellung. Trotzdem gelangte das Gericht zu einer Freisprechung. Der Angeklagte habe sich zwar der Beleidigung schuldig gemacht, er sei aber, wenn das Gericht in der Sache allerdings einen Grenzfall erblicke, über das erlaubte Maß der Kritik nicht hinausgegangen, weshalb ihm der Schutz des § 193 Str.-G.B. zugebilligt worden sei, weil er selbst Mindener ist und Veranstalter der Versammlung gegen den Ruhrkampf war.

=:= **Arnsberg.** (Zum Tode verurteilt) Am 14. Juli ds. Js. wurde die 49jährige Häuslerin Maria Padberg aus Deifeld bei Medebach in den frühen Nachtstunden ermordet und beraubt. Schon bald nachher wurden als Täter die 19jähr. Dienstmagd Maria Padberg aus Lipperode und der 20 Jahr alte Arbeiter Thomas Niesporeck aus Osterfeld bei Oberhausen ermittelt und festgenommen. Die Dienstmagd Padberg war eine Verwandte der Ermordeten. Der Niesporeck hatte der Padberg mit einem Beil den Schädel gespalten. N. wurde des Raubmordes und die P. der Beihilfe und der Unterschlagung für schuldig befunden. Das Schwurgericht verurteilte den N. zum Tode und dauernden Ehrverlust und die P. zu drei Jahren und sechs Monaten Gefängnis.

Soest. Nach einer dem „Soester Kreisblatt" zugegangenen privaten Mitteilung soll der ehemalige Kronprinz am Samstag gegen Mittag Soest berührt haben. Von Paderborn aus fuhr er mit seiner Begleitung nach Gut Hamborn, wo er beim Baron Rüxleben einkehrte. Von hier aus machte er einen Besuch bei der Witwe Josephs in Borchen, deren Sohn bei dem früheren Kaiser in Doorn in Diensten steht. Am Sonntag nachmittag erfolgte die Weiterfahrt nach Schlesien

Paderborn Das Bein als Verräter. Einen bösen Reinfall haben dieser Tage zwei Einbrecher erleben müssen Ein Bewohner eines Hauses in der Rathausstraße sah abends aus einer der auf dem Flur des Erdgeschosses stehenden beiden Kisten ein Bein hervorragen Ohne sich etwas merken zu lassen, benachrichtigte er den Ladeninhaber, dem die Kisten gehörten und der sie erst kurz vorher ausgepackt hatte. Dieser ging kurz entschlossen heran, und nun fand man in jeder Kiste einen Mann versteckt. Beide versuchten die Sache harmlos hinzustellen, indem sie erklärten, sie hätten keine Unterkunft finden können und deshalb die Kisten als Nachtquartier benutzen wollen. Selbstverständlich fand dies Märchen keinen Glauben; man verabreichte beiden zunächst eine Tracht Prügel und übergab sie sodann der inzwischen herbeigerufenen Schupo. Es dürfte sich um zwei schwere Jungen handeln, denn bei der nachher erfolgten Leibesvisitation fand man bei ihnen Dietriche, Stemmeisen und sonstiges Einbrecherwerkzeug.

Essen. Beim unvorsichtigen Hantieren mit einer Armeepistole erschoß der Schmied Schwanke in Essen seine Frau. Die beiden waren noch nicht lange verheiratet.

Bochum Schweres Unglück beim verbotenen Kohlenausgraben. Dienstag vormittag wurde die Brandwache zu Hilfe gerufen, weil auf der Ziegelei von Gockel und Nieburg, Ecke Wasser- und Steinstraße, beim Ausgraben von Kohlen einige Leute verschüttet wurden. Der Arbeiter Bücher war bereis tot, der Arbeiter Märle, Vater von vier Kindern, schwer verletzt.

Köln. Bestrafte Eisenbahnräuber. Zehn Männer und drei Frauen standen wegen Eisenbahnberaubung im Gremberger Wäldchen vor dem Kölner Gericht. Im September und November 1922 hatten sie plombierte und verschlossene Eisenbahnwagen erbrochen und Kupferdraht, Zigarren, Fleischwaren, Seife, Kaffee, Hartblei usw. geraubt. Auch Geschäfte waren bestohlen worden. Anführer und Organisator der Verbrecher war der Arbeiter Schmitz. Da die Bande teilweise bewaffnet war, konnte sie erst nach Feuergefecht verhaftet werden, wobei mehrere Beamten verletzt, einer getötet worden war. Die Vorbestraften erhielten 6—10 Jahre Zuchthaus, die anderen 1¾ bis 5 Jahre Gefängnis.

Brühl. (Notschlachtungen.) Ein Landwirt in Berzdorf mußte 15 Schweine abschlachten, da sie durch Kartoffel gefährdet waren, die man in Kunstdüngersäcken aufbewahrt hatte.

Lüdenscheid. (Der erste Schnee) ist gefallen, aber bei der immerhin noch nicht kalten Witterung blieb er natürlich nicht liegen. Auch heute früh ist noch die bekannte „Schneekälte" festzustellen, und ein zarter Flockenfall zeigt, daß wir mit dem Beginn des Winters rechnen müssen.

Aus aller Welt.

— **Eine Beschießung des Mondes** wird vielleicht in nicht zu ferner Zeit möglich sein. Mit dem Problem dieses Kunststückes beschäftigt sich seit einigen Jahren der amerikanische Professor Goddard. Wohl angeregt durch die deutschen Ferngeschütze im Weltkrieg hat er eigenartige Raketen konstruiert, mit denen er den Bannkreis der Erdschwere zu durchbrechen hofft.

— **Wieder aufgebaut.** Das japanische Dorf Susaki, das teilweise durch Erdbeben zerstört worden war, ist jetzt vollständig in den Fluten verschwunden.

— **Abstürze aus der Luft.** Nach einer Warschauer Meldung stürzte dort ein Heeresflugzeug infolge einer Motorbeschädigung aus der Höhe von 1500 Metern auf die Orangerie des Lazienki-Parkes in Warschau. Der Pilot, Leutnant Szczepanski wurde getötet. Gleichzeitig ereignete sich ein weiter ähnlicher Unfall in Thorn, wo die Gondel eines Militärluftballons durch Luftwirbel losgelöst und aus einer Höhe von 600 Metern herabgeschendert wurde. Drei Fliegeroffiziere erlitten den Tod.

— **Das kommt davon . . .** Zu Pleasantdale im kanadischen Territorium Saskatschewan ist ein Mann namens Henry Lorenz im Alter von 117 Jahren gestorben. Nach den Familienpapieren war Lorenz am 9. Mai 1805, dem Jahre der Schlacht von Trafalgar, in Oesterreich geboren. Er hat drei Kinder, neun Enkel und 52 Urenkel hinterlassen. Bis vor einem Jahre war der Hundertjährige, der noch wenige Tage vor seinem Tode landwirtschaftliche Arbeiten verrichtete, ein starker Raucher gewesen, aber die ständig steigenden Tabakpreise haben den armen Alten gezwungen, auf seine Lebensfreude zu verzichten. Jeder Tabakfreund wird darauf schwören, daß der alte Herr das fünfte Vierteljahrhundert noch hätte vollenden können, wenn es ihm vergönnt gewesen wäre, weiter zu rauchen.

— **Unterstützung deutscher Studenten.** In Neuyork hat sich ein Komitee gebildet, um das von dem verstorbenen Dr. C. F. Kayser begonnene Werk der Unterstützung mittelloser Studenten in Heidelberg und Freiburg weiterzuführen. Dr. Kayser, der an den beiden Universitäten studierte, war lange Jahre der Leiter der deutschen Abteilung in Hunies College.

Was viele nicht wissen.

In Indien gab es nach der letzten Volkszählung rund 250 000 Mädchen, die noch nicht fünf Jahre alt und dennoch schon verheiratet waren.

Die älteste noch vorhandene Neujahrskarte stammt aus dem Jahre 1530.

Im Amazonenstrom leben über 2000 verschiedene Arten von Fischen.

Nach wissenschaftlichen Untersuchungen ist die Kraft der rechten Hand etwa 10 Prozent größer als die der linken Hand, die des rechten Armes aber bis zu 28 Prozent größer als die des linken Armes.

Wetteraussichten für mehrere Tage im Voraus.

18. November, veränderlich, gelinde.
19. November, wenig verändert, Wind, teils Sturm.
20. November, kaum verändert.
21. November, Sonne, Wolken, vielfach Niederschlag, Wind oder Sturm.
22. November, Wolken, teils Sonne, strichweise Niederschlag, milde.
23. November, wenig verändert.
24 November, Tags gelinde.

Anzeigenpreise ab 15. November:

Die Grundpreise betragen:
Für die achtgespaltene Millimeterzeile oder deren Raum:

Lokale	40.— Mk.
Auswärts	80.— „
Reklame	140.— „
Auskunftsgebühr	5.— „
Offertengebühr	10.— „

Die Grundpreise sind mit der Schlüsselzahl (ab 15. November 500 000 000) zu vervielfältigen.

Hermann Kramer
Paula Kramer
geb. Seligmann
Vermählte 3315
Schwerte-Ruhr, den 16. November 1923.

Putzfrau oder junges Mädchen für Hausarbeiten gesucht Zu erfr. in d r Geschst

Schlafzimmer mit Morgenkaffee für sofort gesucht. Angebote unter Nr. 7579 an die Geschst d. Zeitung erbeten.

Kartoffelschalen werden gekauft Große Marktstr 3.

Lichtspiele zur Reichskrone
Freitag — Montag
1.
Der große Zirkus-Sensationsfilm
Dämon Zirkus
Ein Lebensbild in fünf Akten nach dem Roman „Einer vom Zirkus" von Paula Busch In d Hauptrolle Karl de Vogt
2.
Das große Monumentalfilmwerk
Der schlummernde Vulkan
Die Geschichte einer rätselhaften Schuld mit Hans Mierendorf in d Hauptrolle

Lichtspiele „Zum alten Rathaus"
Freitag Samstag Sonntag
Ab heute der 3. Teil des gewaltigen Sensations- u. Abenteuerfilms
Die Jagd auf Menschen
3. Teil
Die Stätte d. Grauens
Sensationsdrama in 6 Akten.
2.
Das große Abenteuerdrama
Die Autofahrt unter der Erde
Sensations- u. Abenteuerdrama in 5 Akten
3.
Harold Lloyd in seiner neuesten Groteske
„Er" im Seebade

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute morgen 8 Uhr meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante,

Frau Karl Geilhorn

Marie geb. Schiebenedel

im Alter von 48 Jahren 8 Monaten nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, wohl vorbereitet durch den Empfang der hl. Sterbesakramente, zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Holzen bei Schwerte, Hörde, Berghofen, Werne an der Lippe, Herbest-Dorsten, Witten, Bommern, Münster, Arnsberg, Brühl bei Köln, Neuenheerse, den 15. November 1923.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. November, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Rosenweg 52, aus statt. Das Seelenamt am Montag, den 19 November, morgens 7.40 Uhr, in der Schwerter Pfarrkirche.

Die Verstorbene war Mitglied des Marienvereins.